

Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert.

Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Berlin, November 2006.



Kraft der
Erneuerung.

1 Inhaltsverzeichnis

2	Präambel.....	3
3	1. Die Zeit, in der wir leben	4
4	2. Die Grundwerte der Sozialen Demokratie	9
5	3. Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert	13
6	4. Unsere Ziele, unsere Politik	15
7	4.1 Eine friedliche, freie und faire Weltordnung.....	15
8	4.2 Das soziale und demokratische Europa.....	22
9	4.3 Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat.....	28
10	4.4 Eine Politik für Wachstum und neue Arbeit	35
11	4.5 Der Vorsorgende Sozialstaat	43
12	4.6 Bildung in der lernenden Gesellschaft	51
13	4.7 Die Stärkung der Familie	55
14	4.8 Die Gleichstellung der Geschlechter	57
15	4.9 Nachhaltiger Fortschritt.....	59
16	5. Unser Weg.....	63

17

18

19

20

21

22

23 **Hinweis:** Anregungen auf Basis der Sitzung des SPD-Präsidiums am 26.
 24 November wurden eingearbeitet. Die im Text *kursiv* gesetzten Stellen weisen
 25 auf inhaltliche Dopplungen oder angesichts verschiedener Anregungen nicht
 26 eindeutig zu klärende Sachverhalte hin.

27

28

1 Präambel

2

3 Die Zukunft ist offen – voller Chancen und voller Gefahren. Fortschritt muss
4 erstritten werden.

5 In der Welt des 21. Jahrhunderts stellt sich die deutsche Sozialdemokratie ihren
6 Aufgaben. Den Menschen verpflichtet, mit Geschichts- und mit
7 Wertebewusstsein, mit Sinn für Realität und mit Tatkraft. Für wirklichen
8 Frieden. Für eine freiheitliche, gerechte und solidarische Gesellschaft. In
9 diesem Sinne erneuern wir unser Land und dafür unsere Partei.

10 Wir streiten für eine friedliche und gerechte Weltordnung. Das soziale Europa
11 ist unsere demokratische Antwort auf die Globalisierung.

12 Wir streiten für eine Politik der neuen, nachhaltigen Wertschöpfung in der
13 Sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen Wohlstand und Arbeit für alle
14 ermöglichen und die Qualität des Lebens verbessern.

15 Wir streiten für den Vorsorgenden Sozialstaat, der Frauen und Männern aller
16 Generationen gleiche Chancen auf ein selbst bestimmtes Leben eröffnet. Er
17 gewährleistet gerechte Teilhabe und sichert die großen Lebensrisiken
18 solidarisch ab.

19 Und wir setzen auf die Kraft der solidarischen Bürgergesellschaft, um den
20 Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken, um Zugehörigkeit und
21 Heimat zu ermöglichen.

22 Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist Ziel und Verpflichtung unserer
23 Politik.

24 In der Zeit eines umfassenden Wandels suchen viele Menschen Sicherheit und
25 Richtung. Mit dem erneuerten Leitbild der Sozialen Demokratie gibt die
26 Sozialdemokratische Partei Deutschlands Orientierung. Viele Millionen
27 Menschen teilen unsere Werte und Ziele. Gemeinsam mit ihnen richten wir den
28 Blick nach vorn.

29 Wir ermutigen zur Mitarbeit. Dafür öffnen wir unsere Partei. Wir versprechen
30 keine Wunder und wir überlassen die Resignation anderen. Wir treten ein für
31 unsere Ziele. Unser Angebot lautet: Lasst uns gemeinsam für eine bessere
32 Zukunft kämpfen. Für uns und für unsere Kinder. Für Soziale Demokratie im
33 21. Jahrhundert.

34

35

1. Die Zeit, in der wir leben

Das 21. Jahrhundert ist das erste globale Jahrhundert. Nie zuvor waren die Menschen weltweit so sehr aufeinander angewiesen. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und nach der Deutschen Einheit erleben wir den tiefsten geschichtlichen Umbruch seit der industriellen Revolution – politisch und wirtschaftlich, sozial und kulturell. Wissenschaft und Technik treiben den Wandel voran. Die Zukunft verheißt große Chancen und birgt zugleich Gefahren.

Digitalisierte Medien und andere technologische Entwicklungen haben die Bedeutung von Raum und Zeit revolutioniert. Immer mehr Menschen können via Internet in Sekundenbruchteilen überall auf der Welt miteinander kommunizieren. Informationen und Wissen sind an fast jedem Ort der Erde per Knopfdruck verfügbar.

Die Menschheit hat alle Möglichkeiten, Krieg und Hunger, Krankheit und Armut zu überwinden. Noch leben Menschen in vielen Teilen der Welt in bitterer Not. Aber China, Indien und andere Schwellenländer nutzen bereits entschlossen die Chancen der Globalisierung. Der wachsende Welthandel bringt unzähligen Menschen lang ersehnte Arbeit in neu entstehenden Fabriken und Labors. Gleichzeitig nehmen in diesen Gesellschaften soziale Widersprüche zu. Obwohl Deutschland und Europa von der Globalisierung profitieren, empfinden weite Teile der Bevölkerung deren Folgen als Gefahr. Wir haben mehr zu verlieren als andere.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei uns erleben, wie Manager selbst florierende Unternehmen verlagern. Anonyme Fondsmanager kaufen und verkaufen Firmen wie Händler ihre Ware auf dem Großmarkt. Dem Finanzkapital erschließen sich durch die Integration neuer Märkte und moderne Technologien immense Renditemöglichkeiten. Aber die Logik des schnellen Profites führt allzu oft dazu, dass langfristige Investitionen in neue Arbeitsplätze ausbleiben. Diese Form der Globalisierung droht die Gesellschaft zu spalten: In jene, die mit ihrem Vermögen auf den Finanzmärkten profitieren und jene, die die Folgekosten zu tragen haben.

Dennoch sind unsere wirtschaftlichen Chancen riesig: Drei Milliarden neue Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Weltwirtschaft sind nicht nur drei Milliarden mögliche Konkurrenten um Arbeitsplätze, sondern auch drei Milliarden neue kaufkräftige Konsumenten. Das verspricht für uns als Exportnation eine gute Zukunftsperspektive. Die deutsche Wirtschaft insgesamt gehört dank hoher Wettbewerbsvorteile vor allem in der Industrie zu den Gewinnern des Welthandels.

1 Die Globalisierung ist kein Nullsummenspiel. Schon in den vergangenen
2 Jahrzehnten haben wir unseren Wohlstand auf dem Freihandel mit anderen
3 Nationen gegründet. Den Großteil unserer Exportwaren liefern wir in die
4 Staaten der Europäischen Union – mit wachsendem Anteil auch nach Osteuropa
5 – und nach Nordamerika. Russland, China und Indien sind für uns noch kaum
6 erschlossene Zukunftsmärkte.

7 Mit der Europäischen Union haben die Europäer schon Mitte des 20.
8 Jahrhunderts die richtige Antwort auf das Zeitalter der Globalisierung gegeben.
9 Nach zwei mörderischen Weltkriegen und dem Holocaust haben die Völker
10 Europas einen Kontinent des Friedens und der offenen Grenzen geschaffen. Im
11 geeinten Europa ist Krieg unvorstellbar geworden. Nicht nur in Deutschland,
12 fast überall in Europa genießen die Menschen Wohlstand und Lebensqualität
13 wie nie zuvor. Auch die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Bundesländer
14 ist dank der Solidarität zwischen Ost und West enorm vorangekommen.

15 Die friedlichen Revolutionen von 1989 haben die Spaltung Europas in Ost und
16 West überwunden. Die Deutsche Einheit hat Freiheit und Demokratie für unser
17 ganzes Land gebracht. Sie ist eingebettet in die europäische Einigung. Das
18 vereinte Europa ist das erste erfolgreiche Projekt, bei dem Nationalstaaten zum
19 Vorteil jedes Einzelnen freiwillig auf zentrale Souveränitätsrechte verzichtet
20 haben, um gemeinsam zu handeln. Darum schauen so viele Regionen der Welt
21 mit Interesse und Bewunderung auf Europa.

22 Aber zugleich durchlebt Europa bei den Bürgerinnen und Bürgern eine
23 Vertrauenskrise. Die Menschen in den europäischen Staaten, auch in
24 Deutschland, verlangen mehr Rücksichtnahme auf soziale Belange, mehr
25 Respekt vor den nationalen Identitäten und kulturellen Traditionen. Sie drängen
26 auf eine verantwortungsvolle Steuerung der Einwanderung und ein überlegtes
27 Vorgehen bei der Erweiterung der Europäischen Union. Der europäische Weg
28 zur Überwindung von Völkerhass und zur Bündelung von gemeinsamen
29 Interessen eignet sich als Vorbild für eine friedliche Entwicklung auch in
30 anderen Regionen der Welt.

31 Unser Europa ist nicht nur eine Friedensmacht, sondern auch ein
32 zukunftsfähiges Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell. Trotz weltumspannender
33 Märkte bestehen ganz unterschiedliche Wege des Lebens und Wirtschaftens
34 fort. Der Kapitalismus hat verschiedene Gesichter. Der europäische Weg
35 kommt dabei unseren sozialdemokratischen Vorstellungen und Zielen – einer
36 Demokratie in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität mit sozialem Ausgleich
37 und wirtschaftlicher Dynamik – am nächsten.

38 Der Fortschritt durch technologische Quantensprünge und Innovationen ersetzt
39 schwere körperliche Arbeit und ermöglicht Chancen für einen neuen
40 Wohlstand. In der Medizin können wir Krankheiten besiegen, die früher als
41 unheilbar galten. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen steigt

- 1 beständig an. Neue Produkte, Verfahren und Methoden helfen, kostbare
2 Rohstoffe und Energie zu sparen.
- 3 Unsere Arbeitsgesellschaft befindet sich in einem steten Wandel. Der
4 Wettbewerb wird unter den Bedingungen der Globalisierung schärfer, das
5 Tempo der Innovationen steigt und die Vielfalt der Beschäftigungsformen
6 nimmt zu. In der Konsequenz erhalten Qualifikation und Wissen zunehmend
7 mehr Bedeutung. Neue kreative Berufe entstehen. Das traditionelle
8 Normalarbeitsverhältnis – unbefristet und mit geregelten Arbeitszeiten –
9 befindet sich auf dem Rückzug. Die Erwerbsbiografien vieler Menschen sind
10 von einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung, Nichterwerbsfähigkeit
11 und Phasen der Familienarbeit oder selbständiger Tätigkeit bestimmt. Der
12 Wandel der Arbeitsgesellschaft ist gestaltbar. Aber der Sozialstaat ist auf die
13 neuen Formen der Arbeit noch nicht genügend eingestellt.
- 14 In der eng verflochtenen Welt des 21. Jahrhunderts haben viel mehr Menschen
15 und Ereignisse direkten Einfluss auf unser Leben – selbst wenn sie nach
16 unserem gewohnten Verständnis weit entfernt sind. Darum erscheint uns die
17 Welt immer schneller, komplexer und unübersichtlicher. Wenn Milliarden
18 Menschen in Rekordgeschwindigkeit miteinander kommunizieren, wächst nicht
19 nur das Stimmengewirr, sondern auch die Schwierigkeit, das Wichtige vom
20 Unwichtigen zu unterscheiden.
- 21 Viele fühlen sich vom schnellen Takt der Zeit und von den neuen
22 Möglichkeiten überfordert. Sie fürchten, abgehängt und von der Politik
23 vernachlässigt oder gar vergessen zu werden. Ältere Arbeitnehmerinnen und
24 Arbeitnehmer und Menschen mit geringer Qualifikation werden
25 überdurchschnittlich oft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Auch Frauen haben
26 trotz bester Bildungsabschlüsse immer noch keinen fairen Zugang zum
27 beruflichen Aufstieg und häufig auch nicht zu Existenz sichernder
28 Erwerbsarbeit.
- 29 Wer Arbeit hat, sieht seine Lebensqualität häufig durch steigenden Druck, mehr
30 Konkurrenz und das Verlangen nach permanenter Verfügbarkeit bedroht.
- 31 Lebensqualität ist für die Menschen in Europa mehr als die Jagd nach
32 Wohlstand. Die Menschen streben nach intakten Gemeinschaften, in denen es
33 friedlich, gerecht und solidarisch zugeht, in denen die Geschlechter gleiche
34 Chancen und gleiche Rechte haben. Mit dem Sinn des Lebens verbinden die
35 meisten den Wunsch, Anerkennung zu finden und gebraucht zu werden – nicht
36 nur im Beruf. Sie wollen sich Zeit nehmen, um Beziehungen zu ihrer Familie,
37 zu ihren Kindern und Freunden zu pflegen. Wir glauben, dass die soziale Kraft
38 einer Gesellschaft mindestens genauso viel wiegt wie andere Standortvorteile.
39 Ein Leben ausschließlich nach der Stoppuhr, nach dem Rhythmus der neuen
40 Verhältnisse, steht dazu im Widerspruch.

1 Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist in vielen Bereichen
2 vorangekommen. Aber es bleibt noch viel zu tun. Viel zu viele Frauen, aber
3 auch Männer können ihre Lebensentwürfe nicht verwirklichen. Frauen und
4 Männer wollen beides: sie wollen ihren Beruf ausüben und beruflich weiter
5 vorankommen, aber sie wollen auch Verantwortung für Kinder und Familie
6 übernehmen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist allerdings immer
7 noch fast ausschließlich ein Problem der Mütter.

8 Nach dem Zweiten Weltkrieg haben Sozialdemokratie, Gewerkschaften und
9 soziale Bewegungen in der Bundesrepublik beispiellose Fortschritte für die freie
10 Entfaltung jedes Einzelnen erreicht. Niemals zuvor konnten so viele Menschen
11 am kulturellen und sozialen Leben teilnehmen. Und die soziale Absicherung hat
12 ein hohes Niveau erreicht.

13 Einige dieser Erfolge sind jedoch gefährdet. Wir stehen vor neuen sozialen
14 Fragen. Der Abstand zwischen Armen und Reichen vergrößert sich wieder. Und
15 Menschen mit geringen Qualifikationen oder mit besonderen Schwierigkeiten,
16 einen Arbeitsplatz zu finden, drohen von den Chancen der Zukunft abgekoppelt
17 zu werden. Das betrifft viele Menschen in den neuen Bundesländern ebenso wie
18 Einwandererfamilien oder allein erziehende Mütter und Väter. Die meisten von
19 ihnen kämpfen hart für ihren Lebensunterhalt und für eine gute Entwicklung
20 ihrer Kinder. Aber manche leben schon in dritter Generation von
21 Sozialtransfers. Armut vererbt sich häufig, weil viel zu viele Eltern keine
22 Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt haben und Kinder nicht ausreichend
23 gefördert werden. Die Chancen auf eine gute Bildung hängen in Deutschland
24 stärker als anderswo von der Herkunft der Eltern ab. Jungen und Mädchen
25 haben nicht die gleichen Chancen. Die Leiter zum sozialen Aufstieg ist für
26 einige Bevölkerungsgruppen nicht aufgestellt.

27 Chancengleichheit gründet sich im heraufziehenden Wissenszeitalter noch
28 stärker als früher auf eine gute Bildung. Dies und der Zugang zu den neuen
29 Technologien werden zu Schlüsselfaktoren für eine aussichtsreiche berufliche
30 Karriere und für ein selbst bestimmtes Leben. Wissen und Kompetenzen
31 müssen früh erworben und später immer wieder aufgefrischt werden – im
32 Kindergarten, in der Schule und in späteren Lebensabschnitten. Eine
33 erstklassige Bildung für alle wird zur Grundlage, um gesellschaftliche
34 Spaltungen zu verhindern und Armut zu überwinden.

35 Die Welt wächst enger zusammen. Deshalb ist sie verwundbar wie nie zuvor –
36 politisch, ökonomisch und ökologisch. In manchen Kontinenten zerfallen
37 Staaten, und es entstehen Brutstätten für Anarchie und Terrorismus. Religiöse
38 und politische Fundamentalisten teilen die Welt in Gut und Böse. Das bedroht
39 den Frieden. Die zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen löst
40 neue Konflikte aus.

1 Auch Religionen und Kulturen sind nicht mehr an Grenzen gebunden, sondern
2 weltweit verbreitet und vernetzt. Die Menschen finden heute an fast allen Orten
3 der Welt Angehörige ihrer Kultur, Waren aus ihrer Heimat und Medien, mit
4 denen sie den Kontakt zu ihren Herkunftsländern lebendig halten. Besonders wo
5 soziale Gegensätze aufeinanderprallen, führen das Nebeneinander von
6 unterschiedlichen Kulturen sowie mangelndes Verständnis für das Fremde zu
7 Misstrauen und Konflikten. Ein friedliches Miteinander erfordert mehr Wissen
8 über andere Traditionen, Kooperationsbereitschaft und gegenseitigen Respekt.
9 Keine Religion und Kultur darf Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von
10 Interessen propagieren.

11 Die Lebensbedürfnisse von bald sieben Milliarden Menschen, davon immer
12 mehr in industriellen Gesellschaften, drohen die ökologische Belastbarkeit der
13 Erde deutlich zu überschreiten. Ein wachsender Teil der Weltbevölkerung leidet
14 an den Folgen der Erwärmung der Erdatmosphäre, unter Wüstenbildung und
15 Wasserknappheit. Menschen aus Regionen, in denen ökologische Bedingungen
16 zu Hunger führen, wandern in weniger gefährdete Teile der Welt. Der Schutz
17 des Klimas und die friedliche Lösung der herausziehenden Konflikte um knappe
18 Ressourcen und Rohstoffe zählen zu zentralen Herausforderungen im 21.
19 Jahrhundert. Das Ende des Ölzeitalters rückt näher. Mit einer massiven
20 Steigerung der Ressourcenproduktivität und dem konsequenten Umstieg auf
21 erneuerbare Energien wirken wir dieser Entwicklung entgegen.

22 In vielen Teilen der Welt, auch in Deutschland, leben die Menschen länger. Seit
23 den 60er Jahren ist die Lebenserwartung bei uns um zehn Jahre gestiegen. Das
24 ist ein großes Geschenk: Viele haben die Chance, auch nach der
25 Erwerbstätigkeit noch einen ausgedehnten Lebensabschnitt zu genießen. Auch
26 die familiären Strukturen verändern sich. Kinder und Enkelkinder leben nicht
27 unbedingt dort wo ihre Eltern bzw. Großeltern leben, die Zahl der
28 Singlehaushalte - auch bei der älteren Generation - steigt. Mehr Menschen
29 werden im hohen Alter auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen sein.

30 Gleichzeitig erfüllen sich immer weniger junge Männer und Frauen ihren
31 Kinderwunsch. Dies führt zu drastischen Veränderungen in allen Bereichen des
32 Alltagslebens, von der Arbeitswelt über die Sozialsysteme bis zur
33 Leistungsfähigkeit ganzer Regionen. Viele ländliche Gebiete, nicht nur im
34 Osten, drohen schleichend zu veröden. Deutschland muss auch darum wieder
35 ein kinderfreundliches Land werden. Ein Land ohne Kinder ist in jeder Hinsicht
36 ein armes Land. Der demografische Wandel verlangt aber auch ein neues Bild
37 des Alters. Die ältere Generation wird für die aktive Gestaltung der Gesellschaft
38 künftig stärker gebraucht.

39 Im 21. Jahrhundert verändert sich nicht zuletzt auch die Politik. In einer Welt,
40 in der Grenzen an Bedeutung verlieren, in der sich immer mehr unterschiedliche
41 Lebensverläufe und Lebensstile herausbilden und in der viel mehr Menschen
42 und Faktoren als je zuvor Einfluss nehmen, haben Politikerinnen und Politiker,

1 haben Parteien an unmittelbarer Steuerungsmacht verloren. Mit attraktiven
2 Ideen und Zielen gewinnen wir politische Durchsetzungskraft zurück.

3 Denn wir erleben kein unpolitisches Zeitalter. Die Sehnsucht der Menschen
4 nach politischer Orientierung ist groß. Menschen wollen mitgestalten und an
5 einer verständlichen Politik teilhaben. Viele engagieren sich in Parteien,
6 sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen, Interessengruppen, oft weltweit
7 vernetzt. Für die politische Beteiligung sind die Möglichkeiten der neuen
8 Medien eine große Chance: Noch nie konnten so viele Menschen ihre politische
9 Meinung vernehmbar äußern und am politischen Gestaltungsprozess aktiv
10 teilhaben.

11 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen auf die Gestaltungskraft
12 demokratischer Politik. Dafür müssen wir neues Vertrauen gewinnen und uns
13 für neue Formen demokratischen Engagements öffnen.

14 Wir sind überzeugt: Wir haben es selbst in der Hand, die Zukunft friedlich,
15 gerecht und solidarisch zu gestalten. Dazu brauchen wir eine klare, immer
16 wieder erneuerte Analyse der Zeit. Es gibt keinen Weg zurück in die Ära der
17 alten Industriegesellschaft und in den Nationalstaat des 20. Jahrhunderts. Wir
18 richten den Blick nach vorn.

19

20 **2. Die Grundwerte der Sozialen Demokratie**

21 **Woher wir kommen**

22 Die deutsche Sozialdemokratie war immer Teil einer großen internationalen
23 Bewegung. Von Anfang an war es unser Ziel, eine gemeinsame Politik in
24 Europa und der Welt zu verwirklichen. In unserer Zeit wachsen das dafür nötige
25 Wissen, die Einsicht und die Möglichkeiten.

26 Nicht erst das Berliner Programm von 1989 hat unseren Blick auf die
27 Dimension einer zusammenwachsenden Welt gerichtet, auf Frieden und
28 Gerechtigkeit und das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, die die
29 Grundlagen der menschlichen Zivilisation sichert und bewahrt. Wir arbeiten
30 weiter am Projekt des gemeinsamen Europa, das 1925 im Heidelberger
31 Programm eine Vision war und nun vollendet werden kann. Seit ihren
32 Anfängen betrachtet sich die deutsche Sozialdemokratie als Teil einer
33 Freiheitsbewegung, die in allen modernen Gesellschaften für mehr Demokratie
34 und Gerechtigkeit eintritt. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben
35 das Frauenwahlrecht in Deutschland erkämpft. Wir sind stolz darauf, niemals
36 Krieg, Unterdrückung oder Diktatur über unser Volk gebracht zu haben. Mit der
37 Wiedergründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR haben sich
38 mutige Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Solidarität mit den

- 1 mittelosteuropäischen Bürgerbewegungen zur Freiheit bekannt. Wir stehen
2 weiter für Frieden und internationale Zusammenarbeit ein.
- 3 Die SPD kann auf die Erfahrung von anderthalb Jahrhunderten zurückschauen:
4 Vom Einsatz für die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiterinnen
5 und Arbeiter im 19. Jahrhundert bis zur Übernahme nationaler
6 Regierungsverantwortung in der Weimarer Republik, vom Widerstand gegen
7 den Nationalsozialismus bis zum politischen Kampf gegen den Kommunismus,
8 vom Aufbau des demokratischen und sozialen Rechtsstaates in der
9 Bundesrepublik bis zur Erneuerung des wieder vereinten Deutschlands am Ende
10 des 20. Jahrhunderts.
- 11 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Geschichte unseres
12 Landes, seine politische und soziale Kultur entscheidend geprägt. In der SPD
13 haben sich Frauen und Männer unterschiedlicher weltanschaulicher
14 Überzeugungen, Glaubenshaltungen und Herkunft zusammengefunden. So
15 wurde die SPD die linke Volkspartei, als die sie sich seit dem Godesberger
16 Programm von 1959 versteht. Sie hat Impulse und Ideen verschiedener geistiger
17 Strömungen und politischer Bewegungen aufgenommen: des Christentums und
18 des Humanismus, der Aufklärung, des Sozialismus und der
19 Gewerkschaftsbewegung, der Frauenbewegung und der Neuen Sozialen
20 Bewegungen.
- 21 Wir wissen
- 22 ▪ dass Not und Furcht nicht durch diktatorische Mittel, sondern nur durch
23 die Menschen selbst in freier Entscheidung überwunden werden
24 können,
 - 25 ▪ dass wir solidarisch handeln müssen, wenn wir Erfolg haben wollen,
 - 26 ▪ dass wir Visionen brauchen, um konsequente Reformen
27 voranzubringen, nicht aber umstürzende Utopien,
 - 28 ▪ dass Freiheit und Sicherheit zusammen gehören und dass wir beides
29 zugleich anstreben müssen,
 - 30 ▪ dass wir in kultureller Vielfalt leben und unsere Partner überall auf der
31 Welt finden,
 - 32 ▪ dass wir die Ergebnisse unserer Politik unermüdlich überprüfen
33 müssen.

1 Unser Bild vom Menschen

- 2 Die gleiche Würde aller Menschen ist Ausgangspunkt und Ziel unserer Politik.
3 In unserem Bild vom Menschen vereinen sich christliche und humanistische
4 Vorstellungen mit Ideen der Aufklärung.
- 5 Menschen tragen verschiedene Möglichkeiten in sich. Sie sind weder zum
6 Guten noch zum Bösen festgelegt. Sie sind vernunftbegabt und lernfähig.
7 Deshalb sind die Menschen in der Lage, ihr Leben in die eigenen Hände zu
8 nehmen und sich in Solidarität mit anderen aus unwürdigen Zwängen zu
9 emanzipieren.
- 10 Jeder Mensch trägt Verantwortung für sein Leben. Niemand kann oder soll sie
11 ihm abnehmen. Unser Verständnis von Politik widerspricht jedem
12 Allmachtsanspruch über die Menschen. Eine Politik, die vorgibt, was Glück und
13 Erfüllung ist, läuft Gefahr, in totalitäre Herrschaft abzugleiten.
- 14 „Frei und gleich an Würde und Rechten“, wie es in der Allgemeinen Erklärung
15 der Menschenrechte heißt, soll jeder Mensch sein Leben in Gemeinschaft mit
16 anderen selbst bestimmen können. Wir streben eine Gesellschaft an, in der jeder
17 Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten kann, ohne die Würde und
18 Freiheit anderer zu verletzen. Wir widersetzen uns jeder Form der
19 Diskriminierung. Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung
20 und Nützlichkeit. Darum ist die Gesellschaft bei Behinderung, im Alter, am
21 Lebensanfang und am Lebensende zum Schutz der Menschenwürde besonders
22 verpflichtet.

23 Unsere Grundwerte

- 24 Freiheit und Gleichheit, die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger gegenüber
25 obrigkeitlicher Willkür und ihre Gleichheit unabhängig von Stand, Religion,
26 Herkunft und Geschlecht – das sind die beiden Grundorientierungen der
27 politischen Moderne. Die Verbindung von Freiheit und Gleichheit bildet die
28 Grundlage für unser Verständnis von Gerechtigkeit.
- 29 Die sozialdemokratische Idee von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erhielt
30 ihren besonderen Sinn in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen
31 des 19. und 20. Jahrhunderts. Es ging darum, neben den rechtlichen auch die
32 materiellen Voraussetzungen der Freiheit, neben der Gleichheit des Rechts auch
33 die Gleichheit der politischen und ökonomischen Teilhabe und der
34 grundlegenden Lebenschancen, also soziale Gerechtigkeit, zu erkämpfen.
- 35 **Freiheit** bedeutet die Möglichkeit, selbst bestimmt zu leben. Die freie
36 Entfaltung der Persönlichkeit hat Voraussetzungen: Dazu zählt die Abwehr von
37 Willkür und Unterdrückung ebenso wie der Zugang zu den sozialen,
38 ökonomischen, kulturellen und politischen Bedingungen der Freiheit. Die
39 Teilhabe an der Gesellschaft und die individuelle Bereitschaft zu

1 selbstverantwortlicher Gestaltung des eigenen wie des gemeinschaftlichen
2 Lebens sind gleichermaßen Voraussetzungen von Freiheit. Die Freiheit des
3 Einzelnen endet dort, wo sie die Freiheit eines anderen verletzt.

4 **Gerechtigkeit** bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Chancen unabhängig von
5 Herkunft oder Geschlecht. Um sie zu verwirklichen, reicht die Gleichheit der
6 Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz nicht aus. Gerechtigkeit verlangt
7 gleiche Chancen im Leben und gleiche Teilhabemöglichkeiten an Bildung,
8 Arbeit, Kultur und Demokratie. Gerecht ist, was die sozialen
9 Herkunftsunterschiede nicht zum Schicksal werden lässt. Gerecht ist, dass
10 diejenigen, die etwas für unsere Gesellschaft leisten, angemessen teilhaben an
11 ihrem Wohlstand und ihren Entscheidungen. Gerechte Politik garantiert gleiche
12 Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Gütern, Chancengleichheit, faire
13 Einkommens- und Vermögensverteilung. Ungerecht ist, wenn diejenigen, die
14 Vorteile durch Einkommen oder Vermögen genießen, keinen angemessen
15 Beitrag für die Allgemeinheit leisten. Eigentum verpflichtet. Gerechte Politik ist
16 Ausdruck der gleichen Menschenwürde und des gleichen Respekts. Sie erkennt
17 die Unterschiede der Lebensformen und Weltanschauungen, der Kulturen und
18 der Herkünfte an. Sie gewährleistet, dass jeder Mensch unabhängig von seiner
19 Leistungsfähigkeit frei von materieller Not leben kann.

20 *Wenn dennoch Nachteile des einen oder anderen Geschlechtes vorhanden sind,*
21 *muss der Staat seiner Verpflichtung nachkommen, die tatsächliche*
22 *Durchsetzung der Gleichberechtigung zu fördern und auf die Beseitigung*
23 *bestehender Nachteile hinzuwirken.¹*

24
25 **Solidarität** bedeutet wechselseitige Verbundenheit, Zusammengehörigkeit und
26 Hilfe. Sie ist die Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und sich
27 gegenseitig zu helfen, zwischen Starken und Schwachen, zwischen
28 Generationen, zwischen den Völkern. Solidarität schafft Macht zur
29 Veränderung. Das ist die Erfahrung der Arbeiterbewegung. Solidarität ist eine
30 starke Kraft, die unsere Gesellschaft zusammenhält – in spontaner und
31 individueller Hilfsbereitschaft, mit gemeinsamen Regeln und Organisationen,
32 im Sozialstaat als politisch verbürgter und organisierter Solidarität.

33 Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität bilden eine Einheit. Sie sind gleichrangig
34 und gleichwertig. Sie bedingen, begrenzen und ergänzen einander. Wir
35 verteidigen ein Grundwerteverständnis, dass Freiheit nicht auf die Freiheit des
36 Marktes, Gerechtigkeit nicht auf den Rechtsstaat, Solidarität nicht auf
37 Armenfürsorge reduziert.

1 Die Soziale Demokratie

2 Die Sozialdemokratie will die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen. Wir
3 können die Verhältnisse durch gemeinschaftliches und solidarisches Handeln
4 verbessern.

5 Wir sind uns einig in dem Ziel, für alle Menschen ein Leben in Freiheit, ohne
6 Ausbeutung, frei von Gewalt und Unterdrückung zu ermöglichen. Im
7 Bewusstsein, dass das Streben nach einer unseren Grundwerten entsprechenden
8 Gesellschaft eine dauernde Aufgabe ist, bekennen wir uns zu der Idee des
9 demokratischen Sozialismus, die unsere Geschichte geprägt hat. Diese Vision
10 einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft ist der Antrieb unseres
11 politischen Handelns. Nichts kommt von selbst und jede Zeit verlangt ihre
12 eigenen Antworten. In diesem Sinne setzen wir für das 21. Jahrhundert auf die
13 Kraft der Sozialen Demokratie.

14

15 3. Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert

16

17 Unter den Bedingungen dieser Zeit, in der wir leben, gewinnt die Idee der
18 Sozialen Demokratie neue Bedeutung. Das Zeitalter der Globalisierung ist
19 Ergebnis menschlichen Handelns und es kann von Bürgerinnen und Bürgern in
20 sozialer Verantwortung gestaltet werden. Unsere Gesellschaft steht vor der
21 Wahl:

22 Entweder wir lassen dem Wandel unserer Zeit freien Lauf und setzen auf die
23 bloße Verteidigung des Bestehenden. Die Kluft zwischen Vermögenden und
24 Verunsicherten, zwischen Privilegierten und Benachteiligten würde größer
25 werden.

26 Oder wir erreichen die demokratische Gestaltung unserer Gesellschaft, unseres
27 Staates und unserer Wirtschaft im Sinne unserer Grundwerte. Nur durch einen
28 solchen Fortschritt können wir die Potenziale unserer Gesellschaft voll zur
29 Entfaltung bringen. Nur so können alle in die Lage versetzt werden, ihre
30 Chancen zu einer selbst bestimmten Lebensgestaltung zu nutzen. Nur wenn das
31 Versprechen des individuellen Aufstiegs durch Leistung auch zukünftig gilt,
32 kann unsere Gesellschaft als ganze gedeihen.

33 Welchen Weg wir einschlagen – genau das wird über die Lebensqualität, den
34 Wohlstand und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft entscheiden. Unseren
35 Weg des Fortschritts können wir gehen, wenn die Bewegung und die Parteien
36 der Sozialdemokratie immer wieder neu in der Lage sind, eine starke politische
37 Mehrheit im eigenen Land, in Europa und darüber hinaus für die Werte und
38 Ziele der Sozialen Demokratie zu gewinnen.

- 1 Den politischen Streit mit den Widersachern der Sozialen Demokratie führen
2 wir mit großem Selbstbewusstsein. Heute müssen wir uns vor allem mit drei
3 politischen Strömungen innerhalb des demokratischen Meinungsspektrums
4 auseinandersetzen, die auf je andere Art verhindern, dass die Menschen ihre
5 Potentiale bestmöglich ausschöpfen können:
- 6 Die Konservativen halten an überkommenen Privilegien fest und berufen sich
7 auf angeblich natürliche Hierarchien, um anderen Menschen den Zugang zu
8 gleichen Lebenschancen, Aufstiegsmöglichkeiten und Wohlstand zu verwehren.
- 9 Die Marktradikalen predigen Freiheit und Wettbewerb, aber erkennen nicht,
10 dass eine dynamische Gesellschaft der Freien und Gleichen immer soziale
11 Voraussetzungen hat. Sie kann nur dort gedeihen, wo gestaltende Politik die
12 Bedingungen für die Teilhabe und Leistung aller Menschen immer wieder
13 erneuert.
- 14 Die Populisten leugnen veränderte Realitäten und klammern sich an
15 überkommene nationalstaatliche Instrumente. Sie gaukeln den Menschen vor,
16 ein Ausstieg aus der Wirklichkeit unserer Zeit sei möglich – verbauen ihnen
17 aber gerade dadurch die Zukunft.
- 18 Einig sind wir uns mit allen Demokraten darin, den Grundkonsens unserer
19 freiheitlichen Demokratie gegen alle Feinde der offenen Gesellschaft zu
20 verteidigen. Deshalb werden wir entschlossen und gemeinsam gegen
21 rechtsextremistische, antisemitische, menschen- und verfassungsfeindliche
22 Bestrebungen jeder Art vorgehen.
- 23 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen uns der Realität: Die
24 Welt, Europa, unser eigenes Land verändern sich in schnellem Tempo, wir
25 erleben es tagtäglich bis hinein in unsere Stadtviertel, Gemeinden, Betriebe oder
26 Schulen. Wollen wir erreichen, dass die Werte und Ziele der Sozialen
27 Demokratie auch das 21. Jahrhundert prägen, dann kommt es darauf an, die
28 vielfältigen Chancen der Veränderung unerschrocken zu ergreifen. Nur wer
29 handelt, schafft die Voraussetzungen dafür, dass wir die neuen Risiken und
30 Gefahren unserer Zeit meistern können.
- 31 Heute geht es in Deutschland darum, den Konsens darüber zu erneuern, in
32 welcher Gesellschaft wir gemeinsam leben wollen und welche Aufgaben wir
33 dabei vordringlich lösen müssen. Die deutsche Sozialdemokratie treibt diesen
34 Prozess energisch voran. Vor allem auf vier Feldern hat sich die SPD auf den
35 Weg gemacht, neue Antworten auf neue Herausforderungen zu geben:
- 36 Wir wollen die Globalisierung im Lichte unserer Werte und Ziele gestalten.
37 Gerade deshalb kommt es darauf an, das neue Europa wirtschaftlich und
38 politisch zu stärken und sozial weiterzuentwickeln. Nur gemeinsam mit seinen
39 europäischen Partnern wird Deutschland erfolgreich sein.

- 1 Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft auf der Grundlage von fairem
2 Wettbewerb und Innovation erneuern, um nachhaltiges Wachstum und Arbeit,
3 Wohlstand und Lebensqualität für alle zu schaffen.
- 4 Wir wollen den Vorsorgenden Sozialstaat, der Chancen für ein
5 selbstbestimmtes Leben schafft, gerechte Teilhabe ermöglicht und durch
6 Solidarität Sicherheit gewährleistet.
- 7 Und wir wollen auf allen Ebenen die riesigen Potenziale und Selbsthilfekräfte
8 der aktiven Bürgergesellschaft stärken.
- 9 In allen diesen Feldern ist die Gleichstellung von Frauen und Männern Ziel und
10 Prinzip unserer Politik.

11

12 **4. Unsere Ziele, unsere Politik**

13

14 **4.1 Eine friedliche, freie und faire Weltordnung**

15

16 Die internationale Politik der deutschen Sozialdemokratie dient dem Ziel,
17 Frieden zu schaffen und Konflikte zu verhindern. Unsere Prinzipien dafür sind
18 Verständigung und internationale Solidarität. Wir setzen auf Dialog, den fairen
19 Ausgleich unterschiedlicher Interessen und auf die Idee, die Macht dem Recht
20 unterzuordnen. Die SPD ist die Friedenspartei in Deutschland und Europa.

21 Diese Zielrichtung sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik ist für
22 das anbrechende globale Zeitalter notwendiger denn je. Die Menschheit kann
23 zum ersten Mal in ihrer Geschichte zentrale Probleme nur noch gemeinsam
24 lösen. Darum arbeiten wir für die Entwicklung einer gemeinsamen
25 Weltinnenpolitik und wollen das Bewusstsein für ihre Notwendigkeit stärken.

26 Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich noch keine neue
27 Sicherheitsarchitektur für das globale Zeitalter herausgebildet. Die USA sind
28 heute die einzige militärische Supermacht. Neue Mächte drängen auf die
29 Weltbühne und beanspruchen dort ihre Rolle. Deshalb brauchen wir eine
30 vorausschauende Außenpolitik, die die neuen Entwicklungen frühzeitig erkennt
31 und im Geist von Verständigung und gerechtem Ausgleich gestaltet.

32 Die Sozialdemokratie ist sich der gewachsenen Verantwortung Deutschlands
33 für den Frieden in der Welt bewusst. Wir nehmen diese aktive außenpolitische
34 Rolle an und wollen uns nach Kräften dafür engagieren. Dabei stimmen wir uns
35 mit unseren Partnern eng ab und handeln gemeinsam mit internationalen

- 1 Institutionen. Deutsche Interessen in der Welt können wirksam nur noch
2 gemeinsam mit unseren Partnern in der Europäischen Union zur Geltung
3 gebracht werden.
- 4 Sozialdemokratische Außenpolitik stellt die Würde jedes einzelnen Menschen
5 in den Mittelpunkt. Das Grundgesetz, die Europäische Grundrechtecharta und
6 das internationale Recht bilden die Leitschnur unserer internationalen Politik.
7 Unser Handeln beruht auf den Menschenrechten, wie sie in der Allgemeinen
8 Erklärung der Menschenrechte formuliert worden sind.
- 9 Die Unteilbarkeit und universelle Geltung aller Menschenrechte ist für
10 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht verhandelbar. Wir wollen das
11 absolute Folterverbot und das humanitäre Völkerrecht auch unter veränderten
12 nationalen und globalen Rahmenbedingungen durchsetzen und verteidigen. Die
13 Relativierung von Frauenrechten mit Hinweis auf kulturelle Traditionen lehnen
14 wir ab. Ohne die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen ist weder Demokratie,
15 noch globale Gerechtigkeit oder nachhaltige Entwicklung möglich.
- 16 Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts schafft
17 internationale Sicherheit. Deshalb arbeiten wir weiter an einer fairen
18 internationalen Rechtsordnung, die allen Menschen ein würdiges und selbst
19 bestimmtes Leben ermöglicht. Wir legen unserer internationalen Politik einen
20 umfassenden Sicherheitsbegriff zugrunde. Sicherheit für alle Menschen setzt
21 Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit, Demokratie, soziale, wirtschaftliche,
22 kulturelle und nachhaltige Entwicklung voraus. Deshalb treten wir für einen
23 effektiven Multilateralismus und für gleiche Entwicklungschancen in einer
24 gerechten Weltwirtschaftsordnung ein.
- 25 Wir begegnen anderen Völkern mit Freundschaft, Offenheit und Respekt. Zum
26 kulturellen Erbe der Menschheit haben viele Zivilisationen ihren Beitrag
27 geleistet, den wir anerkennen. Denjenigen, die einen Kampf der Kulturen
28 beschwören, erteilen wir eine klare Absage. Wir wollen das Wissen über andere
29 Kulturen und Religionen deutlich erweitern. Wir bekennen uns zu einer aktiven
30 auswärtigen Kulturpolitik, die Interesse und Verständnis für unser Land weckt
31 und den Dialog mit anderen Kulturen fördert.
- 32 Deutschland steht aufgrund seiner Geschichte in besonderer Verantwortung für
33 Frieden und Verständigung. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg
34 ausgehen. Wir verpflichten uns zur Verantwortung gegenüber den Opfern des
35 Nationalsozialismus und zu einer lebendigen Erinnerungskultur. In diesem
36 Geist vertreten wir selbstbewusst unsere Interessen in der Welt.
- 37 Die Sozialdemokratie bekennt sich zur besonderen Verantwortung
38 Deutschlands für das Existenzrecht Israels. Auch deswegen engagieren wir uns
39 für einen umfassenden Frieden im Nahen Osten auf der Grundlage
40 internationaler Übereinkünfte. Wir setzen uns für die Selbstbestimmung des

- 1 palästinensischen Volkes und die Schaffung eines lebensfähigen
2 palästinensischen Staates ein.
- 3 Die SPD will die transatlantische Partnerschaft erneuern. Deutschland, Europa
4 und die Vereinigten Staaten von Amerika teilen gemeinsame Werte. Auf dieser
5 Grundlage arbeiten Europa und Nordamerika auch in der NATO eng
6 zusammen. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus braucht die
7 transatlantische Partnerschaft jedoch ein neues, am globalen Zeitalter
8 ausgerichtetes Fundament. Wir wollen die Suche nach einem gemeinsamen
9 Verständnis von Werten intensivieren und das Bewusstsein für unsere
10 gemeinsamen Ziele stärken. Eine friedliche Weltordnung ist nur mit den
11 Vereinigten Staaten erreichbar.
- 12 Die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit war und bleibt
13 Motor der europäischen Einigung. Nach diesem Vorbild wollen wir auch das
14 Verhältnis zu Polen weiterentwickeln.
- 15 Die strategische Partnerschaft mit Russland ist für Deutschland und die
16 Europäische Union unverzichtbar. Sie sichert Frieden und Stabilität und nutzt
17 allen Seiten, wenn sie von Fairness, Offenheit und Vertrauen geprägt ist. Diese
18 Partnerschaft und die weitere Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaat in
19 Russland gehören für uns zusammen.
- 20 Deutsche und europäische Außenpolitik muss enge Beziehungen zu den
21 aufstrebenden Mächten in Asien, Lateinamerika und Afrika entwickeln. Wir
22 wollen sie von den Vorzügen eines multilateralen Systems überzeugen. Wir
23 setzen auf faire Partnerschaft, intensive Zusammenarbeit und eine Einbindung
24 in das Gefüge internationaler Organisationen und Institutionen.
- 25 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle Nationen, Völker
26 und Menschen von Frieden und Wohlstand profitieren. In einer Welt mit
27 wachsenden Abhängigkeiten voneinander werden wir kein Land und keinen
28 Kontinent ausblenden oder vergessen.
- 29 **Effektiver Multilateralismus**
- 30 In Europa haben wir durch Verständigung und die Bündelung gemeinsamer
31 Interessen eine beispiellose Form der transnationalen Kooperation erreicht. So
32 haben wir Völkerhass überwunden und den institutionellen Rahmen für Frieden
33 und Wohlstand geschaffen. Europapolitik ist keine Außenpolitik mehr. Auch
34 über Europa hinaus gilt es, gemeinsame Interessen, Bündnisse und
35 Organisationen zu stärken. Kein Staat kann im globalen Zeitalter Erfolg haben,
36 indem er seine Interessen einseitig durchsetzt. Wir bekennen uns zu einem
37 effektiven Multilateralismus im weltweiten Rahmen. In der internationalen
38 Zusammenarbeit orientieren wir uns an den Prinzipien und positiven
39 Erfahrungen der europäischen Integration.

1 Deshalb wollen wir die Vereinten Nationen stärken. Unsere langfristige
2 Perspektive ist, die Vereinten Nationen als oberste Instanz einer globalen
3 Rechtsordnung auszubauen. Wir wollen globales Recht schaffen und
4 durchsetzen. Dazu muss die internationale Gerichtsbarkeit gestärkt werden. Die
5 dafür notwendigen finanziellen Mittel muss die internationale
6 Staatengemeinschaft in ihrem eigenen Interesse aufbringen.

7 Um die Legitimation und Akzeptanz der Vereinten Nationen zu erhöhen,
8 müssen deren Institutionen reformiert und demokratisiert werden. Deshalb
9 brauchen wir eine Reform des UN-Sicherheitsrates einschließlich einer
10 Überprüfung des Vetorechts für einzelne Länder. Wir wollen, dass Deutschland
11 in den Vereinten Nationen mehr konkrete Verantwortung übernimmt. Die SPD
12 befürwortet einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Langfristig
13 sollte die Europäische Union einen ständigen Sitz in diesem Gremium
14 einnehmen.

15 Wir wollen eine stärkere Stellung des UN-Generalsekretärs, damit die
16 Vereinten Nationen in internationalen Krisensituationen, bei drohenden Krisen
17 oder massiven Menschenrechtsverletzungen rasch und effektiv handeln können.

18 Frieden und Sicherheit, der Schutz vor Seuchen und finanzielle Stabilität sind
19 globale öffentliche Güter. Für diese Güter muss es auch eine internationale
20 Finanzierung geben. Die Vereinten Nationen brauchen eine eigene
21 Einnahmequelle, die sie unabhängiger macht.

22 Entscheidungen in internationalen Institutionen und Organisationen wie dem
23 Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation
24 müssen transparenter werden.

25 Regionale Organisationen

26 Regionale internationale Organisationen sind ein wichtiger Ansatz zur
27 Überwindung von Gegensätzen und Konflikten zwischen den Völkern. Der
28 Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
29 haben dies mit ihrer erfolgreichen Arbeit gezeigt. Deutschland muss beide
30 Institutionen auch künftig unterstützen. Es gilt, auch in anderen Regionen
31 ähnliche Institutionen auf- und auszubauen. Solche Zusammenschlüsse fördern
32 Frieden, Demokratie und Wohlstand, wie zum Beispiel die Afrikanische Union
33 zeigt.

34 Die Sozialdemokratie misst der Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen für
35 die Völkerverständigung hohe Bedeutung bei. Nichtregierungsorganisationen,
36 internationale Gewerkschaftsbündnisse und Glaubensgemeinschaften lenken
37 immer wieder den Blick auf akute internationale Konflikte und entwickeln
38 Lösungsansätze. Diese zivilgesellschaftlichen Gruppen und die staatlichen
39 Stellen müssen daher intensiv kooperieren. Wir verstehen uns als Partner

1 bürgerschaftlicher Organisationen, die sich für die Lösung globaler Probleme
2 engagieren.

3 **Umfassende Sicherheitspolitik**

4 Frieden bedeutet für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten viel mehr als
5 die Abwesenheit von Krieg. Die Vermeidung von Konflikten hat für uns
6 absoluten Vorrang. Jeder Konflikt, der rechtzeitig geschlichtet werden kann,
7 erspart den Menschen vielfaches Leid. Krisenprävention ist die effizienteste
8 Sicherheitspolitik.

9 Vorausschauende Außenpolitik hat für uns viele Aspekte. Wir wollen, dass die
10 Europäische Union sich enger mit den Nachbarregionen Europas verflechtet,
11 um dort Frieden und konkrete Perspektiven für die Menschen zu fördern.

12 Gute Friedenspolitik gründet auf politischen Dialog, die Erarbeitung
13 gemeinsamer Interessen und die Entwicklung von konkreten Perspektiven für
14 die Menschen. Wir sind überzeugt, dass dauerhafter Frieden nur möglich ist, wo
15 strukturelle Konfliktursachen überwunden werden. Das erfordert Chancen für
16 jeden Menschen, am Wohlstand teilzuhaben.

17 Entwicklungszusammenarbeit ist für uns nicht nur ein Gebot der
18 Menschlichkeit und der gerechten Gestaltung der Globalisierung. Wir
19 betrachten sie als zentralen Baustein einer umfassenden Sicherheitspolitik.
20 Darum wollen wir die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit stufenweise
21 erhöhen und die Millenniumsziele der Vereinten Nationen erfüllen. Wir werden
22 dafür sorgen, dass die deutschen Leistungen im Kampf gegen Armut und
23 Unterentwicklung, gemessen am Bruttonationaleinkommen, bis 2015 auf 0,7
24 Prozent steigen werden. Der Kampf gegen Armut, auch durch die Bekämpfung
25 von Korruption, der Einsatz für die Rechte der Frauen, die Förderung guter
26 Regierungsarbeit und die systematische Entschuldung von Entwicklungsländern
27 bleiben zentrale Ziele. Wir wollen für zivile Krisenprävention und –reaktion die
28 Mittel erhöhen und die Instrumente ausbauen.

29 Die SPD lehnt jegliche Form von Angriffs- und Präventivkriegen ab.

30 Wir wissen, dass es Situationen geben kann, in denen militärisches Eingreifen
31 notwendig ist. Deutschland kann sich an diesen Missionen beteiligen, wenn sie
32 durch ein völkerrechtliches Mandat legitimiert sind, der Einsatz im deutschen
33 Interesse liegt und der Bundestag zustimmt.

34 Konflikte können zwar militärisch entschieden, aber niemals nur militärisch
35 gelöst werden. Deshalb werden wir darauf drängen, dass ein Einsatz der
36 Bundeswehr stets in ein Konzept von politischen, diplomatischen,
37 wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und kulturellen Maßnahmen
38 eingebettet ist. Die militärische Option ist und bleibt für uns das letzte Mittel
39 zur Schaffung von Frieden. Auch zur Stabilisierung des Friedens wollen wir

1 Soldatinnen und Soldaten nur dann einsetzen, wenn andere Mittel nicht
2 ausreichen.

3 Die Bundeswehr leistet bei ihren internationalen Einsätzen ausgezeichnete
4 Arbeit. Sie genießt aufgrund ihres professionellen Einsatzes weltweit zu Recht
5 hohes Ansehen. Die Neuausrichtung der Bundeswehr an den Aufgaben der
6 internationalen Krisenbewältigung werden wir fortsetzen. Deutsche Soldaten
7 sind als Staatsbürger in Uniform auch Botschafter unseres Landes, die auf dem
8 Wertefundament unserer Verfassung agieren müssen.

9 **Neue Risiken**

10 Der Terrorismus hat eine neue Dimension erreicht. Terroristische Gruppen
11 agieren global vernetzt, schrecken nicht mehr vor Selbstmordanschlägen zurück
12 und streben den Besitz von Massenvernichtungswaffen an. Entstaatlichte
13 Gewalt bedroht die ganze Welt, auch Gesellschaften, die sich als nicht
14 kriegführend begreifen. Wir lehnen jegliche Rechtfertigung von Terrorismus ab.
15 Auch wenn im Kampf gegen den Terrorismus der Einsatz von Gewalt nicht
16 ausgeschlossen werden kann, gilt für uns: Wir wenden uns konsequent gegen
17 die Aufweichung des Völkerrechts. Weder das absolute Folterverbot noch die
18 Regeln zur Behandlung von Kriegs- und Strafgefangenen dürfen relativiert
19 werden.

20 Die Bekämpfung des Terrors, der auf dem Humus von Perspektivlosigkeit und
21 Ohnmacht gedeiht, braucht Zeit, aber auch mehr finanzielle Mittel. Wir haben
22 in Europa durch fairen Interessenausgleich Frieden gesichert. Darum ist Europa
23 jetzt besonders gefordert, diese Erfahrungen in eine neue Entspannungspolitik
24 einzubringen. Es gilt, diejenigen Kräfte in der islamischen Welt zu unterstützen,
25 die auf Zusammenarbeit mit der westlichen Welt setzen.

26 Die Versorgungssicherheit mit Energie, Rohstoffen und Wasser wird im
27 globalen Zeitalter zur herausragenden Frage der internationalen Sicherheit. Das
28 gleiche gilt für den Klimaschutz, den Schutz vor und die Bewältigung von
29 Naturkatastrophen. Das mit der „Agenda 21“ in den Vereinten Nationen
30 verabschiedete Aktionsprogramm ist dafür ein zentraler Bezugsrahmen.
31 Erneuerbare Energien und die Steigerung der Energieeffizienz sind Schlüssel zu
32 einer friedlichen Entwicklung. Mit ihrer Hilfe können wir Armut bekämpfen
33 und Konflikten um knappe Ressourcen vorbeugen.

34 Der Zerfall von Staaten führt zur Ausbreitung von Anarchie und Rechtlosigkeit.
35 Er ist eine Herausforderung für die gesamte internationale Staatengemeinschaft.
36 Deutschland und Europa müssen bereit sein, bei der Wiederherstellung von
37 Staatlichkeit und zivilgesellschaftlichen Strukturen Verantwortung zu
38 übernehmen.

1 Abrüstung und Nichtverbreitung

2 Die zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verlangt die
3 Renaissance einer Politik der Rüstungsbegrenzung, der effektiven
4 Rüstungskontrolle und Abrüstung. Das ist Konfliktprävention und
5 vorausschauende Friedenspolitik, wie wir sie verstehen, wie sie zu einem
6 Markenzeichen der SPD geworden ist, und wie wir sie gemeinsam mit den
7 europäischen Partnern vorantreiben wollen. Wir bekräftigen unser Ziel einer
8 atomwaffenfreien Welt und werben dafür, die Urananreicherung unter
9 internationale Kontrolle zu stellen. Wir setzen uns dafür ein, eine internationale
10 rechtsverbindliche Ächtung des Einsatzes von Atomwaffen durchzusetzen.
11 Verstärkte Anstrengungen widmen wir auch der Begrenzung und Kontrolle
12 konventioneller Rüstungsgüter wie Kleinwaffen, Landminen und Streubomben.
13 Gerade bei der Abrüstung setzen wir darauf, bestehende multilaterale Verträge
14 zu stärken und auszubauen.

15 Wir werden weiterhin sicherstellen, dass Deutschland nicht den Besitz von
16 Massenvernichtungswaffen anstrebt. Wir sind einer strengen
17 Rüstungsexportpolitik verpflichtet. Die Einhaltung der Menschenrechte, gute
18 Regierungsführung und ein Verbot, Waffen in Konfliktregionen zu liefern, sind
19 für uns maßgebliche Kriterien bei Ausfuhrgenehmigungen.

20 Die Globalisierung gestalten

21 Das Ziel der Sozialdemokratie ist eine faire Globalisierung, die den Menschen
22 Wohlstand und Entwicklung bringt. Dazu bedarf es fairer und wirksamer
23 Regeln für die Finanz-, Rohstoff- und Warenmärkte sowie sozialer und
24 ökologischer Standards für einen funktionierenden Wettbewerb.

25 *Wir brauchen bei den Vereinten Nationen einen Globalen Rat für Wirtschafts-*
26 *und Sozialpolitik, in dem alle Regionen und auch die internationalen Handels-*
27 *und Finanzinstitutionen hochrangig vertreten sind.*²

28 Wir brauchen mehr Gerechtigkeit im Welthandel. Die Entwicklungsländer
29 wollen keine Almosen – sie wollen gerechte Chancen auf den Märkten. Dazu
30 müssen die Industrieländer ihre Märkte öffnen und die Subventionierung ihrer
31 Agrarexporte Schritt für Schritt reduzieren und schließlich beenden.

32 Die wirtschaftliche Globalisierung droht das Primat demokratischer Politik in
33 wesentlichen Bereichen auszuhöhlen. Wir wollen die Vorrangstellung der
34 Politik verteidigen, weil nur so nationale und globale Demokratie als
35 Ordnungsprinzip durchgesetzt werden kann.

36 Unkontrollierte Kapitalbewegungen auf den internationalen Finanzmärkten
37 können ganze Volkswirtschaften gefährden. Wir brauchen deshalb eine neue
38 internationale Finanzarchitektur. Wir wehren uns dagegen, dass Gewinne
39 privatisiert werden, während die Allgemeinheit in Finanzkrisen die Verluste

1 ausgleichen muss. Wir streben einen wirksamen ordnungspolitischen Rahmen
2 für die Finanzmärkte an. Der Wettlauf der Nationalstaaten um immer niedrigere
3 Steuern muss gestoppt werden, weil er die Grundlagen sozialer Politik
4 gefährdet.

5 Unser Ziel ist es, die Bedeutung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)
6 zu stärken. Die Kernarbeitsnormen der ILO müssen bei Entscheidungen des
7 Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der Welthandelsorganisation
8 und der Vereinten Nationen stärker berücksichtigt und anerkannt werden. Um
9 diese Ziele zu verwirklichen, sind freie Gewerkschaften überall in der Welt
10 unverzichtbar.

11 Bei der Durchsetzung von Umwelt- und Sozialstandards beziehen wir die
12 Macht der Verbraucher bewusst mit ein. Alle Produkte und Dienstleistungen,
13 die nachweisbar unter Beachtung internationaler Arbeitsschutzregeln und der
14 Kernarbeitsnormen produziert und angeboten werden, sollen ein leicht
15 erkennbares und verständliches Gütesiegel erhalten. Beim Ziel einer fairen
16 Globalisierung sollen auch multinationale Unternehmen einen wichtigen
17 Beitrag leisten. Vereinbarungen, mit denen sich global tätige Unternehmen
18 gegenüber ihren Beschäftigten und Kunden auf die weltweite Einhaltung
19 grundlegender Sozialnormen verpflichten, sind ein geeignetes Instrument zur
20 Durchsetzung von Sozialstandards. Ökologische Einsicht hat soziale
21 Voraussetzungen. Dennoch sind wir überzeugt, dass wir ein gemeinsames
22 Bewusstsein für die Interessen der Menschen und der Umwelt in einer global
23 vernetzten Welt schaffen können.

24

25 **4.2 Das soziale und demokratische Europa**

26

27 Die europäische Einigung aus den Trümmern zweier europäischer Weltkriege
28 hat die friedlichste Periode seit Bestehen dieses Kontinents ermöglicht. Krieg,
29 Vertreibung und Hunger sind überwunden. Die Menschen in Europa genießen
30 Frieden, Stabilität und Wohlstand auf einem Niveau wie keine Generation vor
31 uns.

32 Europa ist eine demokratische und soziale Wertegemeinschaft, nicht nur ein
33 Wirtschaftsraum. Unsere Vorstellungen von Freiheit, Gerechtigkeit und
34 Solidarität sind in der Europäischen Grundrechtecharta verankert. Sie garantiert
35 allen Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union umfassende
36 demokratische und soziale Rechte. Die europäische Politik für die
37 Gleichstellung von Frauen und Männern und gegen Diskriminierung ist
38 wegweisend.

1 Auf diesen Werten basiert das europäische Gesellschaftsmodell. Die
2 Sozialdemokratie in Europa steht für eine Politik, die es jedem Menschen
3 ermöglicht, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen und durch Leistung
4 voranzukommen. Wir stehen dafür, dass Menschen sich auf die Solidarität der
5 Gemeinschaft verlassen können, wenn sie in Not geraten. Wir wollen ein
6 tolerantes Europa, in dem Menschen aller Nationen, Hautfarben und
7 Religionen miteinander leben. Die unterschiedlichen Kulturen und Traditionen
8 sind ein Reichtum, den wir sorgsam erhalten wollen.

9 Die Europäische Union ist unsere Antwort auf die Globalisierung. Freiheit und
10 Demokratie, Wohlstand und Gerechtigkeit in Deutschland können wir im
11 globalen Zeitalter nur in der Gemeinschaft mit unseren europäischen Partnern
12 sichern. Auf europäischer und auf internationaler Ebene bündeln wir die Kräfte,
13 um den globalen Märkten Regeln für mehr Gerechtigkeit, für soziale und
14 ökologische Standards zu setzen. Wir wollen die Europäische Union zu einer
15 handlungsfähigen Friedensmacht fortentwickeln.

16 **Das soziale Europa**

17 Die Veränderungen der Globalisierung stellen die Gesellschafts- und
18 Sozialsysteme der Staaten in Europa vor enorme Herausforderungen. Außerdem
19 erfolgten die Erweiterung der EU und die Ausdehnung des gemeinsamen
20 Binnenmarkts auf der Grundlage sehr unterschiedlicher Lohn- und
21 Sozialniveaus. Das macht es den einzelnen Staaten zusehends schwerer, die
22 notwendige Finanzausstattung der öffentlichen Haushalte und der sozialen
23 Sicherungssysteme zu gewährleisten.

24 Allerdings ist das bewährte europäische Wirtschafts- und Sozialmodell nicht an
25 die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gestoßen. Gerade unter den heutigen
26 Bedingungen stützen und stärken wirtschaftliche Dynamik und soziale
27 Gerechtigkeit einander.

28 Es gibt unterschiedliche nationale Ausprägungen und Traditionen des
29 europäischen Sozialmodells. Aber grundlegend für alle Sozialstaaten in Europa
30 sind: ein entwickelter und leistungsfähiger Staat, Sozialsysteme zur
31 Absicherung elementarer Lebensrisiken, öffentliche Daseinsvorsorge, geregelte
32 Arbeitsbedingungen sowie Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der
33 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

34 Diese Stärken Europas werden wir bewahren und weiter entwickeln. Wir wollen
35 Sozialsysteme nicht vereinheitlichen, sondern uns auf gemeinsame
36 Mindeststandards verständigen. Diese sollen faire Wettbewerbsbedingungen
37 zwischen den Staaten sichern, um Sozialdumping zu verhindern. Wer im
38 europäischen Ausland arbeiten will, soll durch die Sozialsysteme nicht daran
39 gehindert werden.

1 Die soziale Dimension Europas stärken

2 Europa hat den größten Binnenmarkt der Welt geschaffen und eine einheitliche
3 Währung eingeführt. Jetzt gilt es, diesen Erfolg durch ein sozialpolitisches
4 Projekt Europa zu ergänzen. Wir wollen durch verbindliche Regeln
5 sicherstellen, dass die konkreten Auswirkungen auf die Menschen in der
6 europäischen Politik stärker berücksichtigt werden. Die in der Europäischen
7 Grundrechtecharta festgelegten sozialen Grundrechte müssen soziale
8 Wirklichkeit werden.

9 Das europäische Gesellschafts- und Sozialmodell gewährleistet den freien und
10 kostengünstigen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen. Diese
11 Prinzipien wollen wir auf europäischer Ebene verbindlich verankern.
12 Wasserversorgung, Gesundheitswesen, öffentlicher Transport, sozialer
13 Wohnungsbau und öffentliche Bildungseinrichtungen sind Leistungen der
14 Daseinsvorsorge und müssen es bleiben. Jeder Mitgliedsstaat soll aber die
15 Strukturen der Daseinsvorsorge selbst bestimmen.

16 Für einen fairen Standortwettbewerb

17 Die Anhebung der Lebensverhältnisse in den wirtschaftlich schwächeren
18 Regionen nutzt allen in Europa. Deshalb unterstützt die Europäische Union
19 diese Regionen besonders, wirtschaftlich aufzuholen. Den Zusammenhalt in
20 Europa können wir nur dann gewährleisten, wenn wir die Abwärtsspirale der
21 Löhne und sozialen Standards verhindern. Wir wollen die Einführung
22 existenzsichernder Mindestlöhne.

23 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden den Wettlauf um die
24 niedrigsten Steuersätze für Unternehmen in Europa überwinden. Durch ihn
25 berauben sich die europäischen Staaten gegenseitig ihrer finanziellen
26 Handlungsfähigkeit. Notwendig sind eine europaweit einheitliche
27 Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern und Mindestsätze bei den
28 Unternehmenssteuern.

29 *Damit die EU ihre eigenen Aufgaben erfüllen kann und die*
30 *Ausgabenverantwortung der EU-Gremien gestärkt wird, ist eine eigene EU-*
31 *Steuer sinnvoll.³*

32 Die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind ein wesentlicher
33 Bestandteil des europäischen Sozialmodells. Mit besseren Regelungen zum
34 Gesundheits- und Arbeitsschutz wollen wir die Arbeitsbedingungen der
35 Menschen in Europa spürbar verbessern. Wir streben ein europäisches
36 Arbeitsrecht an, das einheitliche elementare Standards etwa in den Bereichen
37 des Tarif- und Streikrechts festschreibt. In den europäischen Unternehmen
38 wollen wir die Mitbestimmung der Arbeitnehmer absichern und ausbauen.

1 Europäischen Binnenmarkt vollenden

2 Der europäische Binnenmarkt hat unbestreitbare Effizienz- und
3 Wohlfahrtsgewinne hervorgebracht. Er eröffnet auch in Zukunft Chancen für
4 die Entfaltung wirtschaftlicher Kreativität über nationalstaatliche Grenzen
5 hinweg. Um sie zu nutzen, setzen wir uns dafür ein, den Binnenmarkt behutsam
6 auszubauen und bürokratische Hemmnisse zu beseitigen. Dabei achten wir
7 darauf, dass Marktöffnung und Bürokratieabbau nicht zum Abbau sozialer und
8 ökologischer Standards führen.

9 Europa ist ein wissensbasierter Wirtschaftsraum. Darum kann Europa seine
10 Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Konkurrenz nur durch verstärkte
11 Investitionen in Innovation in Forschung und Entwicklung steigern. Auf dieses
12 Ziel haben sich alle Länder der Europäischen Union verpflichtet. Es kommt
13 jetzt darauf an, dieses Vorhaben konsequent zu verfolgen.

14 Ein zukunftsorientiertes Europa braucht auch eine deutliche Umstrukturierung
15 des europäischen Haushalts. Die Höhe der Agrarsubventionen muss reduziert
16 und dieses Geld für Zukunftsinvestitionen eingesetzt werden. Wir wollen
17 zielgerichtet Innovations- und Produktforschung fördern, um Zukunftsmärkte
18 zu erschließen. Einen wichtigen Beitrag leisten europäische
19 Forschungsallianzen. Wir brauchen eine koordinierte Industriepolitik in Europa
20 und europäische Champions im internationalen Wettbewerb.

21 Makroökonomische Koordinierung stärken

22 Um wirtschaftliche Dynamik zu fördern und Stabilität zu sichern, brauchen wir
23 eine abgestimmte Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik in der Europäischen
24 Union. Darum plädieren wir für eine stärkere Koordinierung zwischen den
25 Staaten, die den Euro eingeführt haben. Die Europäische Zentralbank muss ihre
26 Spielräume zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung konsequent
27 nutzen. Wir wollen den Stabilitäts- und Wachstumspakt in der Europäischen
28 Union so weiterentwickeln, dass er mehr Spielräume für nationale
29 Strukturreformen und Zukunftsinvestitionen bietet. Stabilität ist unverzichtbar,
30 aber die Wachstums- und Beschäftigungskomponente muss stärker gewichtet
31 werden.

32 *Da nicht nur die Finanz-, sondern auch die Wirtschaftspolitik Einfluss auf die*
33 *soziale Dimension der EU hat, muss es auch eine stärkere makroökonomische*
34 *Koordinierung der EU-Politiken geben. Dies wird erfolgreich nur über eine*
35 *demokratisch legitimierte europäische „Wirtschaftsregierung“ umgesetzt*
36 *werden können, die Teil europäischer „Regierens“ (governance) ist.⁴*

1 Das demokratische Europa

2 Die Europäische Union hat durch seine wachsenden Kompetenzen Züge eigener
3 Staatlichkeit gewonnen und beeinflusst immer stärker das Leben der Menschen.
4 Deshalb muss das politische Handeln der Europäischen Union demokratisch
5 legitimiert sein. Je weiter die Vertiefung der politischen Integration
6 voranschreitet, umso dringlicher stellt sich die Aufgabe, eine echte europäische
7 Demokratie zu bauen. Eine wichtige Grundlage ist die Europäische Verfassung.

8 Die Europäische Union bringt Personen und Organe der europäischen, der
9 nationalen und der regionalen Ebene im politischen Entscheidungsprozess
10 zusammen. Sie muss ihre demokratische Legitimität folglich aus
11 unterschiedlichen Quellen beziehen. Ziel unserer Politik ist es, die Europäische
12 Union zu einer funktionstüchtigen und beteiligungsffenen
13 Mehrebenendemokratie weiterzuentwickeln. Die demokratische Gestaltung
14 Europas beginnt in den Kommunen und Regionen.

15 Die europäische Demokratie der Zukunft kann und muss ihre Legitimität auch
16 auf die demokratischen Institutionen der Mitgliedstaaten stützen. Wir treten
17 dafür ein, dass die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten enger in den
18 europäischen politischen Prozess einbezogen werden. Ihre Informations- und
19 Beteiligungsrechte sind nachhaltig zu stärken. Nationale Parlamente müssen
20 streng kontrollieren können, ob die Europäische Union das Prinzip der
21 Subsidiarität bei ihren Regelungen wahrt.

22 Die Kompetenzen des Europäischen Parlaments müssen konsequent weiter
23 gestärkt werden. Das Parlament muss gleichberechtigt mit den im Ministerrat
24 zusammengeschlossenen nationalen Regierungen an der europäischen
25 Rechtssetzung mitwirken. Wir fordern auch in Fragen der europäischen Außen-,
26 Sicherheits- und Verteidigungspolitik das Mitentscheidungsrecht des
27 Europäischen Parlamentes. Das Europäische Parlament braucht umfassende
28 parlamentarische Kontrollrechte gegenüber der Europäischen Kommission.

29 Die Bürgerinnen und Bürger in der EU müssen sich direkt an der europäischen
30 Politik beteiligen können. Wir streben dazu die Einführung eines Initiativrechts
31 der europäischen Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Organen der Union
32 an.

33 Eine europäische Demokratie ist nur dann dauerhaft lebensfähig, wenn sie auf
34 dem politischen Engagement und dem öffentlich artikulierten Willen der
35 Bürgerinnen und Bürger in Europa ruht. Stärker noch als bisher muss daher die
36 europäische Politik in einer europäischen Öffentlichkeit debattiert werden.
37 Europa braucht den demokratischen Streit um politische Alternativen. Dafür
38 sind starke europäische Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen
39 unabdingbar.

1 Unser Ziel ist es, die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) zu einer
2 politisch starken Mitglieder- und Programmpartei weiterzuentwickeln. In
3 Zukunft sollen die Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien in Europa die
4 SPE bilden. Wir setzen uns für die Erarbeitung eines sozialdemokratischen
5 Grundsatzprogramms für Europa ein.

6 **Friedensmacht Europa**

7 Unser Ziel ist es, das soziale und friedenspolitische Profil Europas nicht nur
8 nach Innen, sondern auch nach Außen zu schärfen. Die Europäische Union
9 arbeitet an einer kohärenten und effizienten europäischen Außenpolitik auf der
10 Basis der von den Mitgliedsstaaten beschlossenen Europäischen
11 Sicherheitsstrategie.

12 Wir setzen uns nachdrücklich für eine Stärkung der Gemeinsamen
13 Europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein. Damit Europa
14 zu einer globalen Friedensmacht wird, muss die Europäische Union ihre
15 Handlungsfähigkeit verbessern. Die Stärkung der sicherheits- und
16 verteidigungspolitischen Fähigkeiten der EU dient auch dem Ziel, den
17 europäischen Pfeiler im transatlantischen Bündnis zu stärken.

18 Im Rahmen der zu entwickelnden Europäischen Sicherheits- und
19 Verteidigungsunion setzen wir uns für die Schaffung von Einheiten mit
20 integrierten Kräften unter einem einheitlichen Kommando ein. Dies muss und
21 kann mittelfristig nicht alle Bereiche der militärischen Zusammenarbeit
22 betreffen. Dennoch ist dies ein notwendiger Schritt, um Europa
23 sicherheitspolitisch handlungsfähiger zu machen. Neben den politischen
24 Vorteilen brächte dies für die Haushalte der Mitgliedstaaten auch finanzielle
25 Vorteile mit sich. Mehr gemeinsame Entwicklung und Beschaffung führt zu
26 mehr Kompatibilität zwischen den militärischen Fähigkeiten der
27 Mitgliedstaaten und ermöglicht eine konsequent durchzuführende
28 Koordinierung der Schwerpunktaufgaben. Langfristig ist unser Ziel die
29 Schaffung einer europäischen Armee.

30 Eine umfassende Sicherheitspolitik erfordert, dass die Europäische Union ihr
31 politisches und ökonomisches Gewicht bündelt. Hierzu muss Europa in den
32 wichtigen internationalen Organisationen mit einer Stimme sprechen. So
33 können die Staaten Europas wirksam auf eine faire und sozial gerechte
34 Verteilung des global erwirtschafteten Wohlstands und eine Demokratisierung
35 der internationalen Regime und Organisationen hinwirken. Europa darf in
36 seinen entwicklungspolitischen Anstrengungen nicht nachlassen.

37 **Erweiterungspolitik ist Friedenspolitik**

38 Die beständige Erweiterung der Europäischen Union hat Frieden, Stabilität und
39 Wohlstand geschaffen. Die Attraktivität des europäischen Projekts und die

1 aktive Erweiterungspolitik der EU haben dazu geführt, dass viele beitragswillige
2 Staaten sich an unseren Werten orientieren. Viele Länder unternehmen große
3 Anstrengungen, um Mitglied der Europäischen Union werden zu können. Wir
4 setzen wir uns dafür ein, die Zusagen gegenüber diesen Ländern einzuhalten
5 und die Beitrittsverhandlungen nach den von der EU definierten Kriterien
6 fortzuführen. Dies gilt ausdrücklich auch für Türkei. Nur so kann die EU ihre
7 außenpolitische Glaubwürdigkeit erhalten.

8 Es gilt, die Menschen in den Ländern, die auch längerfristig keine Aussicht auf
9 Mitgliedschaft haben, in ihrem Streben nach Demokratie, Rechtsstaatlichkeit
10 und sozialem Ausgleich zu unterstützen. Deshalb werden wir uns dafür
11 einsetzen, dass die Europäische Nachbarschaftspolitik mit Nachdruck
12 fortentwickelt wird.

14 **4.3 Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat**

15 **Soziale Demokratie in Gesellschaft und Staat**

16 Wir wollen eine Gesellschaft freier und gleicher Bürgerinnen und Bürger, die
17 sich zu einer solidarischen Politik zusammenschließen. Soziale Demokratie
18 heißt für uns: Alle Menschen können ihr Leben in Freiheit führen, und alle
19 können gleichberechtigt Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur
20 mitgestalten.

21 Jede Demokratie lebt durch das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger.
22 Darum wollen wir eine starke, vitale Bürgergesellschaft, in der die Menschen
23 die Freiheiten der Meinung, der Vereinigung und Versammlung ausgiebig
24 nutzen. Nur dann kann unsere Gesellschaft die Kraft zur beständigen
25 Erneuerung aufbringen. Eine selbstbewusste Bürgerschaft gestaltet und
26 organisiert ihr Zusammenleben in einem handlungsfähigen Staat. Ein
27 leistungsfähiger, transparenter und bürgerfreundlicher Staat bleibt gerade in
28 einer Welt, in der starke Einzelinteressen die Privatisierung öffentlicher
29 Aufgaben versuchen, unverzichtbar. Wir wissen, dass eine lückenlose
30 Verrechtlichung aller Lebenssituationen nicht zu mehr Gerechtigkeit führt und
31 dass Gesetze nicht alle Probleme lösen können. Aber wir setzen uns dafür ein,
32 dass öffentliche Interessen auch in Zukunft allein durch den Primat der Politik
33 bestimmt werden.

34 Wir wollen starke Parlamente. Sie sind das Herz demokratischer
35 Willensbildung. Und wir wollen, dass Abgeordnete von einer wachen,
36 diskutierenden Öffentlichkeit begleitet und angetrieben werden. Wir nehmen
37 den Auftrag der Parteien ernst, die stetige politische Teilhabe der Bürgerinnen
38 und Bürger an den Entscheidungen sicher zu stellen. Wir wollen neue
39 Begeisterung für die Demokratie wecken, eine höhere Wahlbeteiligung und

1 mehr direkte Einmischung erreichen. Volksbefragungen können die
2 Repräsentation in den Parlamenten nicht ersetzen, wohl aber ergänzen.

3 Gutes Regieren in einem handlungsfähigen Staat erfordert den Abbau von
4 nutzloser Bürokratie. Wir brauchen eine kraftvolle Modernisierung der
5 Verwaltung, damit sie ihre Aufgaben bei raschem Wandel zeitgemäß erfüllt.
6 Öffentliche Mittel dürfen an keiner Stelle verschwendet werden. Wir wollen
7 keinen vormundschaftlichen, sondern einen aktivierenden Staat, der den
8 Bürgerinnen und Bürgern dient und der die Aufgaben, die sie ihm zuweisen,
9 zielbewusst, wirksam und wirtschaftlich erledigt.

10 Wer Ämter und Mandate übernimmt, trägt große Verantwortung und muss
11 Vorbild sein. Wir wollen Politikerinnen und Politiker, die beruflich und privat
12 in der Gesellschaft verankert bleiben. Sie sind einem besonderen Kodex
13 verpflichtet, der sich auf Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit, Offenheit und Klarheit
14 gründet.

15 **Die solidarische Bürgergesellschaft**

16 Mehr Menschen als je zuvor führen heute ein aktives, selbst bestimmtes,
17 emanzipiertes und unabhängiges Leben. Das Wissen über andere Länder und
18 Kulturen, das Selbstbewusstsein und die Handlungsmöglichkeiten der
19 Menschen sind gewachsen. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Gesellschaft
20 von diesen Kenntnissen und Erfahrungen stärker profitiert. Menschen brauchen
21 dafür Anstöße, aber auch günstige Rahmenbedingungen. Die soziale
22 Verantwortung von Menschen für Menschen muss in unserem Gemeinwesen
23 größere Bedeutung erlangen. Das verstehen wir unter einer solidarischen
24 Bürgergesellschaft. Sie ist das große, noch kaum genutzte Potenzial für die
25 soziale Demokratie in unserer Zeit.

26 Eine starke Bürgergesellschaft bietet uns Heimat in Zeiten stürmischen
27 Wandels. Wo Menschen sich für Menschen einsetzen, sind
28 Verantwortungsbereitschaft, Gerechtigkeitssinn, gegenseitige Anerkennung,
29 Solidarität und Mäßigung beim Gebrauch individueller Freiheit erfahrbar. Aus
30 dieser gelebten gesellschaftlichen Solidarität wächst neuer Zusammenhalt –
31 gegen die Vereinzelung des Menschen und die Fliehkräfte des modernen
32 Lebens. Wo wir soziale Probleme gemeinsam lösen, finden wir Orientierung,
33 Vertrauen und Sicherheit.

34 Die solidarische Bürgergesellschaft hat ihren Ort vor allem in den Kommunen.
35 Dort bündeln sich die Probleme, die den Alltag der Menschen prägen, und dort
36 wachsen auch die Herausforderungen. In den Kommunen entscheidet sich, ob
37 alle Kinder eine gute frühkindliche Förderung und attraktive Spielplätze
38 bekommen. Hier erweist sich, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen
39 miteinander oder nebeneinander her leben. Hier stellt sich heraus, ob
40 Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen im öffentlichen

1 Leben integriert bleiben und ob gepflegte, sichere Parks und Grünflächen die
2 Menschen dazu einladen, sich zu erholen. Deshalb stärken wir die kommunale
3 Selbstverwaltung und verbessern ihre Qualität. Wir erweitern den finanziellen
4 Handlungsspielraum der Kommunen, und wir übertragen ihnen keine Aufgaben
5 ohne die dafür erforderlichen Mittel.

6 Die Bürgergesellschaft organisiert sich in Vereinen, Stiftungen und Initiativen,
7 die vor allem durch freiwilliges Engagement getragen werden. Wenn
8 Bürgerinnen und Bürger gemeinsam handeln, können sie viele konkrete
9 Probleme im Stadtviertel oder in der Nachbarschaft genauso gut oder sogar
10 besser lösen als der Staat. Mit Öffnungsklauseln in den Kommunalverfassungen
11 wollen wir den Spielraum dafür erweitern. Wir setzen uns dafür ein, dass
12 Ehrenämter mehr Anerkennung, Anreize und Absicherung erhalten.

13 Demokratische Parteien, Gewerkschaften, soziale Verbände, Kirchen und
14 Religionsgemeinschaften sind herausragende Träger der solidarischen
15 Bürgergesellschaft. Wir wollen diese Organisationen stärken. Sie müssen sich
16 aber auch selbst erneuern. Besonders die junge Generation braucht attraktive
17 Angebote, um sich in Gemeinschaft zu engagieren und den Mehrwert durch
18 Solidarität zu erleben. Soziale Bewegungen greifen immer wieder akute
19 Zeitfragen auf, streiten für globale Gerechtigkeit, den Schutz der Umwelt oder
20 der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir wollen sie fördern und politisch
21 stärken. Vereine aktivieren und verbinden die Menschen. Sport dient der
22 Gesundheitsvorsorge. Er unterstützt Fairness und Toleranz. Deshalb
23 unterstützen wir den Sport.

24 Unsere Idee der solidarischen Bürgergesellschaft steht nicht im Widerspruch
25 zum Staat; sie ist ohne ihn nicht möglich. Aber nur eine aktive Bürgerschaft
26 sorgt dafür, dass öffentliche Institutionen sich stetig erneuern. Gutes Regieren
27 bedarf der Kritik und der Kontrolle, aber auch des Zuspruchs und der
28 Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern, die Verantwortung übernehmen.

29 **Der soziale Bundesstaat**

30 Der demokratische und soziale Bundesstaat gehört zu den wichtigsten
31 Voraussetzungen für den Erfolg der Bundesrepublik Deutschland im 20.
32 Jahrhundert. Wir halten an diesem Prinzip fest. Es bedeutet: Entscheidungen
33 müssen dort getroffen werden, wo sie nahe an den Aufgaben und Problemen
34 sind. Wir folgen auch hier der Idee der Subsidiarität. Das heißt: Die kleinere
35 politische Einheit hat Vorrang vor der größeren.

36 Die Verlagerung zentraler Zuständigkeiten auf die Europäische Union, die
37 Anforderungen der Globalisierung und der demografische Wandel setzen den
38 sozialen Bundesstaat unter erheblichen Erneuerungsdruck. Der Föderalismus
39 muss neue Kraft gewinnen. Wir wollen unsere bundesstaatliche Ordnung
40 übersichtlicher gestalten. Der Bund und die Länder müssen je für sich ebenso

1 wie im Verbund handlungsfähiger werden. Die Abgrenzung der Kompetenzen
2 muss sich daran orientieren, wie Aufgaben am besten gelöst werden, und nicht
3 an der Wahrung von Zuständigkeiten. Wir sind für die Vereinigung von
4 Ländern, wo dieser Schritt die politische Gestaltungskraft verbessert und die
5 Unterstützung ihrer Bürgerinnen und Bürger findet.

6 Wir übertragen politische Entscheidungsgewalt auch in Zukunft auf die
7 Europäische Union, wenn der größere europäische Rechtsraum mehr Sicherheit
8 und Wohlstand für die Menschen fördert. Aber wir verzichten nur dann auf
9 nationalstaatliche Kompetenzen zugunsten europäischer oder internationaler
10 Institutionen, wenn deren demokratische Kontrolle gesichert ist.

11 Bund, Länder und Gemeinden müssen finanziell handlungsfähig sein. Die
12 regionale Ungleichheit von Wirtschafts- und Finanzkraft hat zugenommen.
13 Städtische Ballungsräume, die zu Knotenpunkten von wirtschaftlicher und
14 kultureller Dynamik werden, sind im globalisierten Wettbewerb gegenüber
15 ländlichen Gegenden finanziell im Vorteil. Wir setzen deshalb auf die
16 solidarische Beistandspflicht zwischen allen Teilen Deutschlands – Ost und
17 West, Nord und Süd. Die besondere Situation in Ostdeutschland erfordert
18 langfristig auch besondere Anstrengungen und gesamtdeutsche Solidarität.
19 Aufgabe des sozialen Bundesstaates ist ein effektiver finanzieller Ausgleich
20 zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Unser Leitbild ist die
21 Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Wir wollen die Eigenkräfte der Städte
22 und Regionen fördern und fordern. Jede Kommune und jedes Land hat eigene
23 Stärken, die wir stärken wollen.

24 **Sicherheit in Freiheit**

25 Eine freie und offene Gesellschaft gründet auf die verlässliche Einhaltung von
26 Regeln und auf sozialen Zusammenhalt. Wo das nicht gilt, geht mit der
27 Sicherheit auch die Freiheit verloren. Sicherheit ist ein grundlegendes
28 öffentliches Gut. Menschen müssen ohne Furcht vor Zwang und Verbrechen
29 leben können, damit politische Freiheit und Teilhabe gedeihen.

30 Der Rechtsstaat bindet alle Machtausübung an Recht und Gesetz. Allein diese
31 Bindung legitimiert die Befugnis zur Durchsetzung der Rechtsordnung. Der
32 Staat hat das Gewaltmonopol inne. Wir widersetzen uns allen Bestrebungen, die
33 Pflicht des Staates, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen, auf Private zu
34 übertragen oder Sicherheit gar wie eine beliebige Ware zum Kauf feilzubieten.

35 Die Sicherheit in unserem Land ist von innen wie von außen bedroht: durch
36 Kriminalität, Extremismus und Terrorismus. Diese bekämpfen wir konsequent
37 mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaates. Sicherheit im Inneren ist
38 Aufgabe der Polizei. Das Verbot der Willkür und der Folter gilt absolut. Der
39 freiheitliche Rechtsstaat hat seine Prinzipien zu wahren. Das ist das erste Gebot
40 der geistigen Abwehr von Extremismus und Terrorismus.

1 Rechtsradikale attackieren zunehmend hemmungslos unsere freiheitlich-
2 demokratische Grundordnung. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
3 werden niemals nachlassen, die Feinde der Demokratie in die Schranken zu
4 weisen. Politisch oder religiös motivierter Extremismus, Fremdenhass und
5 Antisemitismus haben keinen Platz in unserer Gesellschaft.

6 Menschenrechte sind auch unter Berufung auf vermeintlich religiöse Regeln
7 und Riten oder auf Traditionen nicht relativierbar. Toleranz gegenüber anderen
8 Kulturen und Traditionen findet dort ihre Grenze, wo Menschenrechte verletzt
9 werden. Unterdrückung, Gewalt, Verweigerung der Selbstbestimmung,
10 Zwangsverheiratung, Zwangsprostitution oder so genannte Ehrenmorde an
11 Frauen müssen mit allen rechtlichen Mitteln verhindert und geahndet werden.
12 Betroffene Frauen und Mädchen müssen soziale Hilfen und Rechtsbeistand
13 erhalten.

14 Die Menschen haben ein tiefes Bedürfnis nach umfassender Sicherheit. Dazu
15 zählen ideelle und emotionale Wurzeln, Geborgenheit und Anerkennung.
16 Dieses Bedürfnis wächst, wenn Menschen Veränderungen ausgesetzt sind, die
17 sie nicht kontrollieren können, die ihre Existenz bedrohen, ihr Wissen entwerten
18 oder ihre Wertevorstellungen in Frage stellen. Persönliche Sicherheit ist und
19 bleibt eine entscheidende Grundlage der Freiheit und des Friedens.

20 **Einwanderung und Einbürgerung**

21 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Einwanderinnen und Einwanderer
22 haben unser Land wirtschaftlich und kulturell enorm bereichert. Im Zeitalter
23 von Globalisierung und demografischem Wandel wird die Aufgabe, unsere
24 Gesellschaft für Menschen aus ganz unterschiedlichen Ländern und Kulturen zu
25 öffnen, noch wichtiger. Wir brauchen und wollen mehr qualifizierte
26 Einwanderinnen und Einwanderer. Und wir wollen unser Land konsequent auf
27 die Zukunft als Einwanderungsgesellschaft vorbereiten.

28 Einwanderung verlangt Integration. Wer sich dauerhaft ansiedelt, muss die
29 gleichen Chancen und Beteiligungsmöglichkeiten am politischen,
30 gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben erhalten. Wir
31 verstehen Einwanderung als Übereinkunft zwischen den Menschen, die zu uns
32 kommen, und der Gesellschaft, die sie aufnimmt. Beide Seiten müssen ihren
33 Nutzen davon haben, und beide Seiten müssen bereit zur Integration und zur
34 Toleranz sein. In einer Einwanderungsgesellschaft ist es unerlässlich, dass
35 unterschiedliche Kulturen aufeinander zugehen und sich nicht abkapseln.
36 Integration heißt für uns: Wir wollen faire Chancen und klare Regeln.

37 Auch wer auf Dauer in Deutschland leben will, braucht seine Herkunft nicht zu
38 verleugnen. Das Grundgesetz bietet Raum für kulturelle Vielfalt, es sichert die
39 Freiheit des Glaubens, Gleichberechtigung von Frau und Mann und achtet das
40 Recht von Minderheiten. Es setzt aber auch klare Grenzen, die niemand unter

1 Hinweis auf Herkunft oder religiöse Überzeugung außer Kraft setzen darf. Die
2 Unterdrückung, Diskriminierung und Bedrohung von Frauen und Mädchen
3 bekämpfen wir mit allem Nachdruck. Niemand darf sie an der freien Entfaltung
4 ihrer Persönlichkeit hindern und ihnen Bildungschancen vorenthalten.

5 Bildung und ganz besonders die Kenntnis der deutschen Sprache sind
6 unverzichtbare Voraussetzungen dafür, dass Menschen unterschiedlicher
7 Herkunft in unserem Land miteinander leben können. Wir verbessern die
8 Bildungsangebote und fordern das individuelle Engagement der
9 Einwanderinnen und Einwanderer. Integration gelingt am leichtesten, wenn sie
10 schon im frühen Kindesalter beginnt. Aktive Integrationspolitik muss besonders
11 bei den Kindern von Einwanderern ansetzen.

12 Die politische Partizipation von Einwanderern muss ausgebaut werden. Deshalb
13 plädieren wir für die grundsätzliche Möglichkeit der Mehrstaatlichkeit und für
14 ein kommunales Wahlrecht auch für Ausländerinnen und Ausländer, die nicht
15 aus EU-Staaten kommen.

16 Als Einwanderungsland streben wir die Einbürgerung der zu uns kommenden
17 Menschen an. Wir wissen: Dieser Schritt ist nicht das Ende der Integration,
18 sondern eine wichtige Etappe, die eine volle politische Teilhabe ermöglicht.

19 Wir wollen den Dialog zwischen den Religionen und Kulturen – insbesondere
20 mit dem Islam – intensiver und breiter führen und verbindlicher gestalten. Wir
21 wollen Ängste und Berührungängste abbauen und den wechselseitigen Respekt
22 stärken. Deutschland ist unsere gemeinsame Heimat.

23 **Öffentlichkeit und Medien**

24 Das Prinzip der Öffentlichkeit gehört zum Wesen der Demokratie. Die
25 Meinungs- und Informationsfreiheit erfüllt sie mit Leben. Freie Medien
26 ermöglichen Aufklärung, Meinungsbildung, politische Beteiligung und
27 Machtkontrolle.

28 Die Medien erleben eine rasante technische Entwicklung. Neben Zeitung, Buch,
29 Fernsehen und Rundfunk spielen Computer, Internet und Mobilfunk eine immer
30 größere Rolle. Die Mediensparten wachsen zusammen und prägen immer
31 stärker sämtliche Bereiche unseres Alltags. Der Umgang damit muss gelernt
32 sein. Wir wollen Medienerziehung zum Bildungsschwerpunkt machen. Wir
33 wollen die Chance nutzen, durch neue Medien die freiheitliche politische
34 Teilhabe und den Zugang zum Wissen zu erweitern.

35 Wir stärken die Qualität, die Transparenz und die Vielfalt der Medien.
36 Manipulation, politische Einseitigkeit und Jugendgefährdung bekämpfen wir.
37 Unsere Medienpolitik schützt auf nationaler, europäischer und globaler Ebene
38 die Freiheit der Meinung und der Information. Wir verteidigen die politische
39 Unabhängigkeit der Medien vom Staat und von mächtigen wirtschaftlichen

1 Interessen. Für uns sind die duale Rundfunkordnung und der öffentlich-
2 rechtliche Rundfunk unersetzliche Elemente einer demokratischen
3 Öffentlichkeit. Zugleich verlangen wir eine effektive Selbstkontrolle der
4 Medien und die Einhaltung journalistisch-ethischer Standards.

5 Die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger über die eigenen Daten ist
6 ein Grundrecht. Der Fortschritt der Informationstechnik durchlöchert diese
7 Rechte zusehends. In vielen Bereichen des Lebens bleibt der Schutz von
8 personenbezogenen Daten jedoch unverzichtbar.

9 **Die Kultur der Demokratie**

10 Die Sozialdemokratie war von Anfang an auch eine Kulturbewegung. Wir
11 stehen in der Tradition eines weiten, toleranten und wertfundierten
12 Kulturbegriffs. Er schließt kulturelle Vielfalt, eine Kultur der Anerkennung und
13 den Dialog zwischen den Kulturen ein. Er reicht über die Künste hinaus und
14 bezieht auch kulturelle Bildung, geschichtliches Erbe und die Formen unseres
15 Zusammenlebens ein. Kultur ist in besonderer Weise der Raum, in dem sich die
16 Gesellschaft ihrer Werte- und Zielvorstellungen vergewissert. Sie stärkt die
17 Menschen, schafft Zugehörigkeit, das Bewusstsein von Verwurzelung und trägt
18 damit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

19 Kultur ist ein öffentliches Gut. Sie zu fördern, ist Aufgabe der
20 Bürgergesellschaft und des Staates. Privates, bürgerschaftliches Engagement ist
21 nötig. Wir begrüßen und fördern es. Doch der Staat hat eine nicht delegierbare
22 Verantwortung. Wir bekennen uns zu Deutschland als einem Kulturstaat. Er
23 sichert die Vielfalt der Kulturlandschaft, die kulturelle Bildung, die Pflege
24 unseres Erbes und unserer Erinnerungskultur. Er fördert die Künste und
25 übernimmt Verantwortung für die soziale Absicherung freier künstlerischer
26 Existenzen. Er wirbt für unsere Kultur im Ausland. Kreative Potenziale – von
27 künstlerischen Freiräumen bis zur wachsenden Kulturwirtschaft – werden in
28 den kommenden Jahrzehnten, in denen Innovationen über die Zukunft
29 entscheiden, immer wichtiger. Die Zukunft unserer Wissensgesellschaft ist auch
30 eine kulturelle Aufgabe.

31 **Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften**

32 Wir bekennen uns zum christlichen und humanistischen Erbe Europas und zur
33 Toleranz in Fragen des Glaubens. Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des
34 Gewissens, des Glaubens und der Verkündigung.

35 In einer religiös und weltanschaulich vielfältigen Gesellschaft muss sich die
36 Achtung vor dem Andersdenkenden bewähren. Grundlage für die an
37 Religionsfreiheit orientierte Gestaltung unserer Gesellschaft ist die Verfassung
38 des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates.

1 Für uns ist das besondere Engagement der Kirchen, der Religions- und
2 Weltanschauungsgemeinschaften bei der Vermittlung von Werten und ihre
3 soziale Verantwortung für das Gemeinwohl unersetzlich. Wir suchen das
4 Gespräch mit ihnen und die Zusammenarbeit in freier Partnerschaft. Wir achten
5 ihr Recht, ihre inneren Angelegenheiten autonom zu regeln.

6
7 *[Alternative: 4.4 Die Gleichstellung der Geschlechter]⁵*

9 **4.4 Eine Politik für Wachstum und neue Arbeit**

11 Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik verfolgt drei Hauptziele. Wir wollen
12 einen möglichst hohen Wohlstand, an dem alle Menschen gerecht Teilhaben.
13 Jede Frau und jeder Mann soll die Möglichkeit erhalten, den eigenen
14 Lebensunterhalt durch Arbeit zu erwirtschaften. Gleichzeitig müssen wir unsere
15 natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig sichern.

16 Diese Ziele lassen sich nur mit einer hohen wirtschaftlichen Wertschöpfung und
17 mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit verwirklichen. Wir bekennen uns zum
18 technologischen Fortschritt. Neue Technologien schaffen neue Märkte,
19 entfachen Wirtschaftswachstum und können die Kräfte unserer Gesellschaft
20 mobilisieren. Wir begreifen die Globalisierung als Chance für neue
21 Arbeitsplätze und für die Sicherung des Wohlstands in den kommenden
22 Jahrzehnten. Dazu brauchen wir einen fairen Rahmen für Wettbewerb, der
23 langfristiges Wachstum unterstützt und nicht den kurzfristigen Profit in den
24 Mittelpunkt stellt.

25 **Wir erneuern die Soziale Marktwirtschaft**

26 Die soziale Marktwirtschaft ist eine der herausragenden wirtschaftspolitischen
27 Leistungen des 20. Jahrhunderts. SPD und Gewerkschaften haben die soziale
28 Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Erfolgsmodell der Bundesrepublik
29 Deutschland maßgeblich geprägt. Dieses Modell hat sozialen Frieden,
30 wirtschaftliche Stärke und Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten
31 gebracht. Sie macht aus der Beteiligung und Mitbestimmung der
32 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Produktivkraft. Sie stärkt und erhält
33 den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

34 Aber wir wissen auch: Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft erneuern, um
35 sie zu erhalten. Die Globalisierung der Güter- und Finanzmärkte, der Wandel
36 der Arbeitswelt und die digitale Revolution stellen das bewährte
37 Ordnungsmodell auf die Probe. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

1 klammert sich nicht an die Erhaltung von Strukturen, die den veränderten
2 Bedingungen nicht mehr gerecht werden. Doch anders als die Marktradikalen
3 werfen wir die erfolgreichen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft nicht über
4 Bord. Wir wollen die Grundpfeiler unseres Wirtschafts- und Sozialmodells
5 zukunftsfest für das 21. Jahrhundert machen. Das können wir nur gemeinsam in
6 Europa und mit der Europäischen Union schaffen. Ein realistisches Leitbild für
7 die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft muss die Effizienz und
8 Rationalität von dezentralen Marktentscheidungen anerkennen. Es bleibt dabei:
9 So viel Markt wie möglich, so viel politische Regulierung wie nötig.

10 Wirtschaftspolitik muss die Chancen der Globalisierung für alle zugänglich
11 machen. Dumpingwettbewerb mit immer billigeren Produkten, bei denen
12 Renditen nur durch Lohnsenkungen und Sozialabbau erzielt werden können,
13 vermag dies nicht zu leisten.

14 *Nach skandinavischem Vorbild werden wir in wirtschaftliche Entscheidungen*
15 *Frauen und Männer gleichberechtigt einbeziehen, unter anderem durch die*
16 *Quotierung von Aufsichtsräten und Vorständen von Unternehmen.*⁶

17 **Politik für Vollbeschäftigung**

18 Wirtschaft muss den Menschen dienen. Die Schaffung neuer und zusätzlicher
19 Arbeitsplätze ist Maßstab erfolgreicher Wirtschaftspolitik. Die Integration aller
20 Menschen in den Arbeitsmarkt ist Ziel sozialdemokratischer Wirtschafts- und
21 Gesellschaftspolitik. Unter den Bedingungen im 21. Jahrhundert bedeutet
22 Vollbeschäftigung nicht mehr die unausgesprochene Garantie, dass jeder
23 ein Leben lang in derselben Firma einen sicheren Arbeitsplatz hat. Die
24 wachsende wirtschaftliche Dynamik fordert von den Menschen Arbeitsplatz-
25 und auch Berufswechsel, vor allem aber ständiges Dazulernen. Phasen der
26 Kindererziehung oder der Pflege von älteren Angehörigen erfordern häufig
27 berufliche Einschränkungen oder sogar Auszeiten vom Berufsleben.
28 Selbstständige Erwerbsformen werden weiter zunehmen.

29 In diesem Verständnis geben wir das Ziel der Vollbeschäftigung in Deutschland
30 auch nach Jahrzehnten hoher Arbeitslosigkeit nicht auf. Auch im 21.
31 Jahrhundert geht uns die Arbeit nicht aus, im Gegenteil. Aber wir müssen uns
32 strategisch darauf vorbereiten, dass weitere Teile der lohnintensiven
33 industriellen Fertigung einfacher Konsumgüter im Zeitalter der globalen
34 Arbeitsteilung in andere Regionen der Welt abwandern. Unsere Zukunft liegt in
35 neuen, hochwertigen Gütern, die mit hoher Produktivität hergestellt werden,
36 und in mehr Angeboten und Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich.

37 Eine Politik für Vollbeschäftigung erfordert deshalb zweierlei: erstens eine hohe
38 Wachstumsdynamik und einen Vorsprung in marktfähigen Technologien, die zu
39 einem deutlich höheren Angebot an Arbeitsplätzen führen; und zweitens eine
40 unterstützende Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gleichstellungs- und Familienpolitik,

1 die es den Menschen ermöglicht, die Übergänge und Unterbrechungen in ihren
2 Erwerbsbiographien zu meistern und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten.
3 Besondere Anstrengungen sind nötig, um die Erwerbsquoten von Älteren und
4 Geringqualifizierten zu erhöhen.

5 Die Erwerbsquote von Frauen wollen wir auf das Niveau vergleichbarer
6 europäischer Staaten anheben. Junge Männer und Frauen brauchen die gleichen
7 Möglichkeiten, durch eine breite Berufs- und Studienwahl die bisherige
8 Trennung in typische Männer- und Frauenberufe zu überwinden.

9 **Zukunftsmärkte brauchen Politik**

10 Im Zuge der Globalisierung wird sich das weltweite Bruttozialprodukt bis
11 2030 annähernd verdoppeln. Die deutsche Wirtschaft hat also beste Aussichten,
12 wenn es uns gelingt, die Chancen des bevorstehenden Wachstumsschubs zu
13 nutzen und die neu entstehenden Märkte überall auf der Welt mit attraktiven
14 Gütern und Produkten zu versorgen. Darum müssen wir in allen Bereichen auf
15 bessere Ideen, Innovationen und Spezialisierung setzen. Politik, Unternehmen
16 und Beschäftigte müssen in einem umfassenden Sinne international denken.
17 Wir können nicht aus der Globalisierung aussteigen, wie manche Links- und
18 Rechtspopulisten vorgaukeln. Und auch der von Marktliberalen und
19 Konservativen in Deutschland propagierte Weg führt in die Irre: Sozialabbau,
20 das Aushöhlen des Tarifsystems und pauschale Arbeitszeitverlängerungen sind
21 in einer globalisierten Wirtschaft falsche Ansätze. Sie greifen zu kurz und
22 gefährden die Binnenkonjunktur. Einer Politik der resignativen Anpassung
23 stellen wir eine offensive Strategie des Qualitätswettbewerbs entgegen.

24 Die Menschheit steht vor großen sozialen und ökologischen Herausforderungen.
25 Um sie zu meistern, brauchen wir auch neue Produkte und Dienstleistungen.
26 Darum setzen wir auf qualitatives Wachstum. So können wir unsere
27 Lebensqualität steigern, Ressourcen und Energie einsparen, den Klimawandel
28 abmildern, Krankheiten heilen, Mobilität verbessern und Kommunikation
29 erleichtern. Neue Technologien werden vor allem in diesen Zukunftsmärkten
30 Anwendung finden.

31 Die ökologische Rettung der Erde ist nicht allein Angelegenheit von Umwelt-,
32 Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. Sie wird zu einem
33 Antriebsmotor für ökonomische Wertschöpfung. Die Zukunft gehört den so
34 genannten „grünen Märkten“, die eine globale Wachstumsdynamik ohne die
35 Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen möglich machen. Produkte
36 und Dienstleistungen, die unsere Gesundheit verbessern, sind nicht nur
37 Kostenfaktor, sondern auch ein Zukunftsmarkt.

38 Wir wollen, dass die Wirtschaft gezielt und massiv in diese Märkte investiert.
39 Die deutsche Wirtschaft muss in diesen Leitmärkten an der Spitze stehen.

1 Eine strategische und ökologische Industriepolitik

2 Die Industrie ist nach wie vor das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Viele
3 Dienstleistungen, qualifizierte und einfache, hängen unmittelbar von der
4 Industrie ab. Aber Industrieprodukte werden immer stärker auf Wissen und
5 Dienstleistungen basieren.

6 Eine strategische Industriepolitik setzt auf den Ausbau der qualitativen
7 Vorsprünge unseres Wirtschaftsstandortes. Unsere Chance liegt darin,
8 Problemlösungen zu entwickeln, die sich weltweit exportieren lassen. Dazu
9 müssen sich Forschung, Produktentwicklung und Unternehmen enger als bisher
10 miteinander vernetzen. Wir wollen wissenschaftliche Entdeckungen, neue
11 Technologien und Ideen auf direktem Weg in Produkte und Arbeitsplätze
12 ummünzen.

13 Wir erzeugen neue Wertschöpfung, wenn wir in zentralen Leitmärkten die
14 Bewältigung gesellschaftlicher Zukunftsaufgaben und die Stärkung unserer
15 Industrie zusammenhängend begleiten. Strategische Industriepolitik ist auch
16 ökologische Industriepolitik. Der Gedanke der ökologischen Nachhaltigkeit ist
17 kein Wachstumshemmnis, sondern Wachstumsmotor.

18 Der Staat kann und darf die Märkte nicht ersetzen und keine konkreten
19 Lösungen vorgeben. Aber er kann Leitmärkten entscheidende Impulse geben.
20 Er muss industriepolitische Prioritäten setzen und sich in Partnerschaft mit der
21 Wirtschaft und der Wissenschaft auf strategische Felder konzentrieren. Der
22 Staat muss seine Mittel und Instrumente bündeln – von der Forschung über
23 gezielte Regulierung bis hin zur Beschaffung bestimmter Produkte. Eine solche
24 strategische und ökologische Industriepolitik ist eine Querschnittsaufgabe
25 zahlreicher Politikfelder. Sie stärkt industrielle Kerne und regionale
26 Wirtschafts-Cluster. Auch die Wachstumskerne in den neuen Bundesländern
27 zeigen, wie aus Wissen neue Wirtschaft entsteht. Wir stärken diese Cluster als
28 Motoren für eine neue Industriestruktur im Osten Deutschlands

29 Moderne Dienstleistungspolitik

30 Viele Arbeitsplätze in Deutschland stehen nicht im internationalen Wettbewerb.
31 Dienstleistungen für Menschen in Bildung und Gesundheit, lokalem Handwerk,
32 privaten Haushalten und soziale Diensten bergen aber die größten
33 Beschäftigungspotenziale. Um sie zu erschließen, brauchen wir mehr
34 öffentliche und private Nachfrage nach diesen Dienstleistungen. Besonders
35 einfache Dienstleistungen werden in Deutschland als zu teuer empfunden. Wir
36 müssen diese Kostenfalle überwinden. Darum setzen wir uns für eine stärkere
37 Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme ein. Im Gegenzug müssen
38 gezielt die Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich sinken. Wir
39 wollen die Frauenerwerbsquote in allen Sektoren der Wirtschaft deutlich

1 erhöhen. Dadurch entsteht eine höhere Nachfrage im Dienstleistungssektor,
2 etwa bei professioneller Kinderbetreuung und anderen sozialen Diensten.

3 **Wachstum und Stabilität**

4 Unsere Volkswirtschaft braucht stabile und wachstumsfreundliche
5 Rahmenbedingungen für Unternehmen und Konsumentinnen und
6 Konsumenten. Aus Erfahrung wissen wir, dass Marktwirtschaften aus sich
7 selbst heraus konjunkturelle Krisen nur langsam überwinden. Deshalb muss die
8 Finanz- und Geldpolitik in Deutschland und Europa dabei helfen, die
9 Konjunktur zu festigen und ein stetiges, kräftiges Wachstum zu fördern. Der
10 Staat muss durch nationale wie auch internationale Stabilisierungspolitik dazu
11 beitragen, konjunkturelle Krisen zu überwinden. Eine hohe Binnennachfrage ist
12 die Voraussetzung für mehr Beschäftigung. Wir setzen uns für
13 Lohnsteigerungen ein, die sich an der Produktivität orientieren. Im unteren
14 Einkommensbereich brauchen wir Mindestlöhne.

15 **Solide Staatsfinanzen und öffentliche Zukunftsinvestitionen**

16 Haushalts- und Finanzpolitik ist für uns Gestaltungspolitik. Solide öffentliche
17 Finanzen sind eine Grundvoraussetzung für Wachstum, Wohlstand und
18 Arbeitsplätze. Das gilt ebenso umgekehrt. Solide Staatsfinanzen sind für uns
19 aber auch Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen. Allerdings darf
20 die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht dazu führen, dass der
21 nächsten Generation eine marode öffentliche Infrastruktur hinterlassen wird.

22 Wir wollen die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zurückführen und die
23 staatlichen Ausgaben stärker auf Zukunftsinvestitionen ausrichten. Eine
24 innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft braucht deutlich mehr
25 Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur. Da alle gemeinsam den
26 Nutzen aus solchen Investitionen ziehen, müssen sich auch Unternehmen und
27 vermögende Privathaushalte angemessen an der steuerlichen Finanzierung
28 dieser Aufgaben beteiligen. Öffentlich-Private-Partnerschaften können ein
29 Instrument sein, um nötige öffentliche Infrastrukturaufgaben zu realisieren.

30 Die öffentlichen Haushalte sind strukturell unterfinanziert und zu sehr von der
31 konjunkturellen Entwicklung abhängig. Der Staat braucht verlässlichere
32 Einnahmen, die weniger im Wind der Konjunktur schwanken. Solide
33 Einnahmen und Einsparungen lassen Schritt für Schritt neue finanzielle und
34 politische Spielräume entstehen – sowohl für staatliche Aufgaben wie für
35 notwendige Zukunftsinvestitionen.

36 Eine ausgewogene Einkommensverteilung ist nicht nur sozial gerecht, sondern
37 auch ökonomisch vernünftig. Wir halten am Ziel der Besteuerung nach
38 Leistungsfähigkeit fest.

1 *Da, wo unser Steuerrecht jedoch die Erwerbstätigkeit von Ehefrauen hemmt, da*
2 *sie finanziell unattraktiv gemacht wurde, muss umgesteuert werden in Richtung*
3 *einer Individualbesteuerung, auch für Ehegatten.⁷*

4 Das Verhältnis von niedriger Steuerquote und hoher Abgabenquote in
5 Deutschland wollen wir ändern. Die sozialen Sicherungssysteme müssen stärker
6 durch Steuern statt durch Beiträge von sozialversicherungspflichtig
7 Beschäftigten und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber finanziert werden. Im
8 Gegenzug sinken die Arbeitskosten, und alle Steuerzahlerinnen und
9 Steuerzahler entrichten einen Anteil am sozialen Ausgleich.

10 **Wissen und Qualifikation als die Produktivkräfte des 21. Jahrhunderts**

11 Erfinderreichtum, gute Ideen und die Innovationen, die daraus entstehen, sind
12 der wichtigste Rohstoff unseres Landes. Mit dem Übergang von der
13 Industriegesellschaft zur industriellen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft
14 wird die Rolle qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter
15 aufgewertet. Bildung erzeugt Wirtschaftswachstum. Die Wertschöpfung hängt
16 in Zukunft entscheidend von der Beteiligung der Mitarbeiterinnen und
17 Mitarbeiter sowie Investitionen in ihre Qualifizierung ab. Unternehmen und
18 Unternehmer müssen menschliche Fähigkeiten und Fertigkeiten im eigenen
19 Interesse stärker als bisher dauerhaft fördern. Den wachsenden Bedarf an
20 Fachkräften zu befriedigen, ist eine gemeinsame zentrale Aufgabe von
21 Unternehmen, Gewerkschaften und Politik.

22 Wissen und Ideen sind Garanten unserer Arbeitsplätze. Dieses geistige
23 Eigentum müssen wir schützen, denn Produkt- und Markenpiraterie schädigt
24 nicht nur unsere Wirtschaft und seine Innovationskraft, sondern gefährdet
25 häufig auch die Verbraucher. Wir wollen auch international das Bewusstsein für
26 Wert und Schutzbedürftigkeit des geistigen Eigentums schärfen und viele
27 Staaten bei der Einhaltung und Umsetzung internationaler Verpflichtungen zum
28 Schutz des geistigen Eigentums unterstützen.

29 In der industriellen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft kommt der
30 kreativen Industrie eine wachsende Bedeutung zu. Wir sehen das Erfolgsrezept
31 für mehr Innovation, Kreativität und Wertschöpfung in der richtigen
32 Kombination aus Technologie, Talent und Toleranz. Wir müssen in
33 Deutschland eine Atmosphäre von Offenheit für neue Ideen und Einflüsse von
34 Querdenkern schaffen. Kreativität zu fördern, heißt für uns: einen positiven
35 Umgang mit unterschiedlichen Sichtweisen und Fähigkeiten pflegen und
36 unterstützen.

37 **Wirtschaftliche Demokratie und soziale Teilhabe**

38 Mitbestimmung, Tarifautonomie und das Streikrecht sind unverzichtbare
39 Elemente der Sozialen Marktwirtschaft. Teilhabe und innerbetriebliche

1 Demokratie sind kein Bremsklotz, sondern Voraussetzung für
2 unternehmerischen Erfolg.

3 In einer zunehmend europäisierten Volkswirtschaft ist es unser gemeinsames
4 Ziel, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung auf europäischer Ebene zu
5 sichern und auszubauen. Die Stärkung und Verbesserung der Arbeit der
6 Europäischen Betriebsräte ist notwendig.

7 Starke und verantwortungsvolle Gewerkschaften sind unverzichtbar für die
8 wirtschaftliche Demokratie. Sie sind die stärkste Kraft, die für demokratische
9 Beteiligung im Wirtschaftsleben und für den sozialpartnerschaftlichen
10 Ausgleich unterschiedlicher Interessen sorgt. Wir werden das bewährte System,
11 in dem die Arbeitsbedingungen durch den Gesetzgeber, die
12 Tarifvertragsparteien und Betriebs- und Personalräte gestaltet werden,
13 aufrechterhalten. Dasselbe gilt für die uneingeschränkte Tarifautonomie und für
14 die Rechte und den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.
15 Angriffe gegen sie werden wir abwehren.

16 Die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Unternehmenskapital
17 als zusätzliche Säule des Einkommens fördert Innovation und Produktivität und
18 gewährleistet eine gerechte Beteiligung der Beschäftigten am Firmenerfolg. Wir
19 wollen Mitarbeiterbeteiligungsmodelle als Element der ökonomischen Teilhabe
20 attraktiver machen. Das Unternehmensrisiko darf jedoch nicht auf die
21 Arbeitnehmer übertragen werden.

22 **Selbstständigkeit und verantwortliches Unternehmertum**

23 Wir brauchen in Deutschland eine Kultur der Selbstständigkeit. Neue
24 Arbeitsplätze entstehen vor allem durch Menschen, die sich mit ihren Ideen
25 dem wirtschaftlichen Risiko aussetzen und neue Unternehmen gründen.
26 Kreativität und Gründergeist sind unverzichtbare Produktivkräfte. Sie zeigen
27 sich in einem lebendigen und innovativen Mittelstand in unserem Land. Wir
28 wollen die Bedingungen für Unternehmensgründerinnen und –gründer sowie
29 kleine und mittlere Unternehmen gerade in einem schärfer gewordenen
30 Wettbewerbsumfeld verbessern.

31 Unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung sind zwei Seiten
32 derselben Medaille. Wir drängen ebenso wie Gewerkschaften und Beschäftigte
33 auf eine vorausschauende, langfristige Unternehmenspolitik, die neue
34 Marktchancen erkennt und beständig in die Zukunft des Betriebs investiert.
35 Unternehmerinnen und Unternehmer, die nach diesem Verständnis handeln,
36 finden unsere Unterstützung. Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, durch einen
37 fairen Wettbewerbsrahmen und eine Wirtschaftskultur der Langfristigkeit
38 verantwortliches Unternehmertum zu ermöglichen.

1 **Kapital- und Finanzmärkte: Chancen nutzen, Risiken kontrollieren**

2 Ein stabiler und gut funktionierender Finanzmarkt ist unverzichtbar für die
3 moderne, global integrierte deutsche Volkswirtschaft, weil dort das notwendige
4 Kapital für Unternehmen zur Verfügung gestellt wird. Die
5 Finanzdienstleistungsbranche in Deutschland gehört außerdem selbst zu den
6 größten Arbeitgebern. Wir wollen die Chancen und Potenziale der Güter- und
7 Kapitalmärkte für dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum, breiten Wohlstand
8 und Beschäftigung nutzen. Besonders wichtig ist es, gerade jungen, innovativen
9 Unternehmen besseren Zugang zu Wagniskapital zu verschaffen.

10 Wo die Finanzmärkte unrealistische und kurzfristige Renditen verlangen oder
11 auf ausschließlich spekulative Geschäfte setzen, können die Grundlagen einer
12 Sozialen Marktwirtschaft zerstört und langfristige Wachstumsstrategien von
13 Unternehmen gefährdet werden. Gesamtwirtschaftliche Krisen und die
14 Überwälzung von Folgekosten auf die Gesellschaft müssen vermieden werden.
15 Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist es, dass die Finanzmärkte einer
16 langfristig ausgerichteten Wirtschaftskultur dienen. Wir wollen Anleger stärken,
17 die statt schneller Rendite ein langfristiges Engagement im Blick haben.

18 Mit der zunehmenden Vernetzung internationaler Güter- und Finanzmärkte
19 wird die Regulierung und Sicherung stabiler Finanzmärkte immer bedeutsamer.
20 Stabile nationale und internationale Finanzmärkte sind ein wichtiges
21 öffentliches Gut. Um dies zu erreichen, wollen wir mit anderen Staaten und
22 internationalen Institutionen gemeinsam handeln. Unser Ziel ist, Wachstum,
23 Wohlstand und Beschäftigung zu fördern, aber auch eine wirksame Aufsicht zu
24 schaffen und Regeln einzuführen, die unkalkulierbare Stabilitätsrisiken oder
25 volkswirtschaftlich schädliche Fehlentwicklungen verhindern.

26 Für den Mittelstand spielen kleinere Banken und die Sparkassen eine
27 entscheidende Rolle. Darum wollen wir ihre besondere Rolle erhalten.
28 Zahlreiche Banken in Deutschland und vor allem die Sparkassen zeichnen sich
29 durch ihre langfristige Unternehmensfinanzierung und ihre Orientierung am
30 Gemeinwohl aus. Diese wertvolle Stütze unserer Wettbewerbsfähigkeit werden
31 wir nicht aufgeben.

32 **Faire Regeln für einen fairen Wettbewerb**

33 Staat und Wirtschaft stehen in einer sozialen Marktwirtschaft in der
34 gemeinsamen Verantwortung für ein nachhaltiges und stabiles Wachstum. Aber
35 Märkte brauchen faire Regeln, damit sie funktionieren. Diesen
36 ordnungsrechtlichen Rahmen kann nur der Staat setzen. Wir wissen, dass dies in
37 den globalisierten Bereichen der Wirtschaft nur noch im europäischen Rahmen
38 möglich ist. Darum haben wir zentrale wirtschafts- und finanzpolitische
39 Zuständigkeiten auf die Europäische Union übertragen. Und deshalb setzen wir

1 uns für eine enge wirtschafts- und finanzpolitische Abstimmung zwischen den
2 EU-Mitgliedsstaaten ein.

3 Damit die Mechanismen des Marktes funktionieren können, brauchen wir auch
4 eine effiziente Wettbewerbspolitik. Sie muss die Entstehung und Konzentration
5 übermäßiger wirtschaftlicher Macht – mindestens auf europäischer Ebene -
6 verhindern. Weil Nationalstaaten an Macht zur Steuerung der Märkte verlieren,
7 wollen wir die Macht der Verbraucher stärken. Erweiterte Informationsrechte
8 und Transparenzregeln für emanzipierte Verbraucher tragen dazu bei, dass
9 Märkte von der Nachfrageseite her beeinflusst und kontrolliert werden.

10

11 4.5 Der Vorsorgende Sozialstaat

12

13 Der Sozialstaat ist eine große zivilisatorische Errungenschaft des 20.
14 Jahrhunderts. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehören
15 Demokratie und Sozialstaat zusammen. Wirtschaftliche Dynamik,
16 gesellschaftlicher Wohlstand, soziale Sicherheit und gesellschaftlicher
17 Zusammenhalt wurden nicht trotz, sondern wegen des Sozialstaats möglich. Der
18 Sozialstaat leistet einen eigenen produktiven Beitrag für die gesellschaftliche
19 Teilhabe aller Menschen und den gesellschaftlichen Wohlstand sowie dessen
20 gerechter Verteilung. Sozialstaatlichkeit ist organisierte Solidarität.

21 Das Zusammenspiel von Sozial-, Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik leistet
22 einen wichtigen Beitrag zur Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit. Auch im
23 21. Jahrhundert bleibt es eine zentrale Frage, wie der gesellschaftliche
24 Wohlstand verteilt wird und welche Teilhabemöglichkeiten sich für jeden und
25 jede Einzelne damit eröffnen. Die Behauptung der Marktradikalen, dass
26 Ungleichheit wirtschaftlichen Fortschritt befördert, ist nicht nur inhuman,
27 sondern auch falsch. Nur eine Gesellschaft, die das Leitbild des Wohlstands und
28 der Teilhabe für alle verfolgt, ist eine zukunftsfähige Gesellschaft. Gerade in
29 einer flexibilisierten Welt und in Anbetracht vielfältiger Lebensweisen und
30 Erwerbsformen wächst die Bedeutung der Sicherheit im Wandel als zentrale
31 Funktion des Sozialstaats.

32 *Diese Sicherheit ist das große Versprechen des Sozialstaates: Die liberalen*
33 *Freiheitsrechte sind durch soziale Rechte ergänzt worden. Insbesondere durch*
34 *die Anbindung der sozialen Rechte an die Erwerbsarbeit konnten*
35 *Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben*
36 *und soziale Sicherheit erlangen. Das gilt insbesondere für Frauen, die wegen*
37 *ihrer immer noch gebrochenen Erwerbsbiographie und ihrem geringeren*
38 *Lohnniveau eine geringere soziale Absicherung erhalten.*⁸

1 Der demografische Wandel ist gestaltbar. Eine höhere Beschäftigungsquote von
2 Frauen, aber auch von Älteren trägt dazu bei, dass sich die Einnahmehasis von
3 Steuern und Sozialversicherungen verbessert. Steigender Wohlstand aufgrund
4 eines Anstiegs der Produktivität und des Bruttoinlandsproduktes kann einen
5 Beitrag zur Bewältigung der demographischen Herausforderungen für die
6 sozialen Sicherungssysteme leisten.

7 **Neues Leitbild**

8 Wir brauchen ein erneuertes und positives Leitbild für unseren Sozialstaat.
9 Dieses Leitbild für das 21. Jahrhundert ist der Vorsorgende Sozialstaat, der die
10 Menschen dazu befähigt, ihr Leben selbstbestimmt zu meistern, indem er mehr
11 aktivierende, präventive und investive Ziele in den Mittelpunkt stellt. Er fördert
12 Existenz sichernde Erwerbsarbeit, hilft bei der Erziehung, setzt auf
13 Gesundheitsprävention und verhindert Armut. Er gestaltet den demografischen
14 Wandel und begreift Bildung als zentrales Element der Sozialpolitik. Zugleich
15 sichert er die großen Lebensrisiken, wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder
16 Pflegebedürftigkeit solidarisch ab und garantiert Altersvorsorge. Angesichts der
17 veränderten Erwerbs- und Arbeitsbiographien wollen wir unsere sozialen
18 Sicherungssysteme so weiterentwickeln, dass sie auch für die unterschiedlichen
19 Lebens- und Arbeitsphasen Sicherheit gewährleisten. Der Vorsorgende
20 Sozialstaat ist verlässlicher Partner, nicht bürokratischer Verwalter von
21 Menschen.

22 **Emanzipation, Teilhabe und Sicherheit**

23 Der Vorsorgende Sozialstaat schafft ein neues Mischungsverhältnis zwischen
24 vorsorgenden und nachsorgenden Leistungen. Je erfolgreicher die Vorsorge
25 wirkt, desto besser lassen sich die Ressourcen für die ebenso notwendige
26 nachsorgende Politik weiter entwickeln. Der Vorsorgende Sozialstaat verfolgt
27 drei zentrale Ziele: Emanzipation, Teilhabe und Sicherheit:

28 **Emanzipation** ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben aller
29 Bürgerinnen und Bürger. Die Menschen wollen ihr eigenes Leben frei und
30 selbstbestimmt gestalten können. Die Befreiung von Zwängen, die sich durch
31 Herkunft und überkommene Vorstellungen ergeben, war bereits das große
32 Versprechen der Aufklärung.

33 **Teilhabe** an den sozialen Gütern, der Bildung, Arbeit und der Gesundheit muss
34 allen Menschen unabhängig von sozialer Herkunft, Alter oder Geschlecht von
35 Anfang an und immer wieder aufs Neue offen stehen. Dies gilt besonders auch
36 für Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten
37 können: für Arbeitslose, Kranke, Pflegebedürftige, ältere Menschen und
38 Menschen mit Behinderungen, aber auch für diejenigen, die ihrerseits pflegen
39 und Kinder erziehen.

1 **Sicherheit** bedeutet Schutz der Menschen vor existentieller Not, elementaren
2 Lebensrisiken und Diskriminierung. Nur wenn die Menschen wissen, dass sie
3 sich auf die Sicherheit der Sozialsysteme verlassen können, sind sie auch bereit
4 und in der Lage, Risiken einzugehen und mobil zu sein. Grundlagen von
5 Sicherheit sind nicht nur Arbeit, materielle Güter und Rechtsansprüche, sondern
6 auch individuell erworbene kulturelle und soziale Kompetenzen.

7 Damit wir diese Ziele in unserer Zeit erreichen können, muss der Vorsorgende
8 Sozialstaat verstärkt am Bürgerstatus und weniger stark am Erwerbsstatus
9 anknüpfen. Deshalb wollen wir die Teilhabemöglichkeiten der Menschen so
10 früh wie irgend möglich fördern und die Bildung und Erziehung unserer Kinder
11 in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen. Dafür bedarf es zugleich der
12 besseren Qualifizierung, Förderung und gesellschaftlicher Wertschätzung
13 derjenigen, die in öffentlichen Einrichtungen wie den Kindergärten, Schulen
14 oder Pflegestellen wirken.

15 Wir müssen den öffentlichen Gütern, Dienstleistungen und sozialen
16 Einrichtungen in qualitativer und in quantitativer Hinsicht einen höheren
17 Stellenwert beimessen. Diese können vom Staat, den Freien
18 Wohlfahrtsverbänden, aber auch in privater Initiative bereitgestellt werden.
19 Dabei sichern staatlich gesetzte Rahmenbedingungen die Qualität sowie den
20 freien und gleichen Zugang für alle.

21 Gerechtigkeit und Solidarität sind auch die Grundlagen für die Finanzierung
22 unseres Sozialstaates. Die einseitige Belastung von abhängig Beschäftigten zur
23 Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben ist nicht gerecht und nicht
24 sinnvoll. Zukünftig müssen die weiter paritätisch finanzierten
25 Sozialversicherungsbeiträge zurückgeführt und durch eine stärkere
26 Steuerfinanzierung ergänzt werden.

27 **Vorausschauend gestalten**

28 Wir verstehen die Stärkung des Zusammenhalts der gesamten Gesellschaft als
29 eine übergeordnete Aufgabe des Vorsorgenden Sozialstaates. Schon im Berliner
30 Programm hieß es: „Sozialpolitik will nicht nur reparieren und in Notfällen
31 einspringen, sondern vorausschauend gestalten.“ In diesem Sinne gehören zum
32 Vorsorgenden Sozialstaat die Bildungs- und die Familienpolitik, eine Politik der
33 soziale Stadt, die faire Regulierung von Arbeit sowie eine zeitgemäße Politik
34 der Integration von Einwanderern. Dabei hängt die soziale Qualität unserer
35 Gesellschaft davon ab, wie gut es gelingt, die einzelnen Politikfelder
36 aufeinander zu beziehen und miteinander zu vernetzen.

37 In der Bildungspolitik werden wir für alle Menschen das gleiche Recht auf gute
38 Bildung durchsetzen. Wir wollen unser Bildungssystem so umbauen, dass alle
39 Begabungen gefördert, alle Lernpotentiale gehoben und dadurch
40 Herkunftsnachteile ausgeglichen werden. Deshalb müssen wir vorschulische

1 Einrichtungen ausbauen und qualitativ verbessern. Auch für ältere
2 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind verstärkt vorsorgende
3 Anstrengungen notwendig.

4 In der Familienpolitik werden wir pädagogisch hochwertige
5 Betreuungsmöglichkeiten vor und nach der Schule garantieren. Wir machen
6 Familie und Beruf für Eltern vereinbar und steigern die Bildungschancen der
7 Kinder. Zeitgemäße Familienpolitik verbessert nicht nur die
8 Lebensbedingungen für Kinder, Pflegende und Eltern, sondern trägt auch dazu
9 bei, die Erwerbsmöglichkeiten der Frauen zu erhöhen. Dies ist zugleich der
10 beste Weg, um Kinderarmut zu vermeiden.

11 Teilhabeanspruch und das Recht auf Selbstbestimmung bestehen unabhängig
12 vom Geschlecht, vom Lebensalter oder einer Behinderung. Menschen mit
13 Behinderungen bedürfen der Unterstützung und der Solidarität aller. Wir wollen
14 die gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen
15 Bereichen. Voraussetzung hierfür ist die Barrierefreiheit in allen
16 Lebensbereichen, damit Menschen mit Behinderungen selbst bestimmt leben
17 können, sowie öffentliches Engagement, um eine Frühförderung für Kinder und
18 Jugendliche in Regeleinrichtungen und eine Integration in den ersten
19 Arbeitsmarkt zu erreichen.

20 Integration

21 In der Integrationspolitik werden wir auf allen Feldern des Vorsorgenden
22 Sozialstaates daran arbeiten, die kulturellen und beruflichen Fähigkeiten der
23 Einwanderinnen und Einwanderer zu verbessern. Ein unzureichendes
24 Engagement auf diesen Gebieten ist für einen guten Teil der sozialen Probleme
25 verantwortlich, die in unserem Land existieren.

26 *Auch die Menschen, die aus anderen Ländern zu uns gekommen sind und als
27 Teil unserer Gesellschaft zum Wohlstand beitragen, haben die gleiche Würde
28 und das gleiche Recht auf umfassende Teilhabe sowie auf Toleranz gegenüber
29 ihrer Kultur und Religion. Dies setzt aber die Bereitschaft, voraus, die in
30 unserer Verfassung verankerten Grundrechte und unsere Demokratie nicht nur
31 zu akzeptieren, sondern auch zu leben. Vermeintliche kulturelle oder religiöse
32 Traditionen können dies nicht relativieren. Dazu gehören insbesondere das
33 Recht auf Selbstbestimmung, Schutz vor Gewalt und die Gleichstellung von
34 Männern und Frauen. Der Schlüssel für gleiche Teilhabe und Lebenschancen
35 ist die Sprachkompetenz. Dies gilt nicht nur für Kinder sondern auch für
36 Erwachsene und insbesondere für Frauen, die wegen fehlender
37 Sprachkompetenz geringere Teilhabemöglichkeiten haben und seltener ein
38 selbst bestimmtes Leben ohne Abhängigkeiten führen können.⁹*

39 Wir wollen Teilhabe sichern, indem wir durch eine gerechte Verteilung des
40 gesellschaftlichen Reichtums den Spaltungstendenzen in der Gesellschaft

1 entgegen wirken. Verteilungsgerechtigkeit und Teilhabegerechtigkeit bedingen
2 einander. Auch im 21. Jahrhundert bleibt es die zentrale Frage, wie der
3 gesellschaftliche Wohlstand verteilt wird und sich daraus unterschiedliche
4 Lebenschancen und Teilhabemöglichkeiten an wirtschaftlichen,
5 gesellschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten für die Einzelnen eröffnen.
6 Teilhabe meint dabei zugleich, Mitbestimmung und Mitgestaltung der weiteren
7 gesellschaftlichen Entwicklungen. Die Demokratisierung aller Lebensbereiche
8 bleibt daher ein ständiges Ziel.

9 **Städte und Gemeinden**

10 Die Politik der sozialen Städte und Gemeinden entscheidet maßgeblich über die
11 Qualität des Zusammenhalts unserer Gesellschaft. Sie berücksichtigt die
12 Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig bei
13 Stadtentwicklungsmaßnahmen. Ebenso korrigiert sie bereits eingetretene
14 Fehlentwicklungen. Hierzu zählen auch Schutz und Unterstützungsleistungen
15 der Mieterinnen und Mieter. Öffentliche Daseinsvorsorge verbunden mit dem
16 Engagement der Wohlfahrtsverbände, der Vereine und dem ehrenamtlichen
17 Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger sind die tragenden Elemente für
18 den Zusammenhalt unserer Gesellschaft in unseren Städten und Gemeinden.

19 Schon heute müssen sich die Städte und Gemeinden auf eine Gesellschaft des
20 längeren Lebens vorbereiten. Dies betrifft das Wohnumfeld und die Mobilität
21 ebenso wie die Ermöglichung eines selbst bestimmten Lebens im Fall der Hilfe-
22 oder Pflegebedürftigkeit und des Sterbens in Würde.

23 **Flexible Erwerbsarbeit braucht Sicherheit**

24
25 Die Arbeitswelt wandelt sich. Für uns gilt dabei der Grundsatz: Flexibilität
26 braucht Sicherheit und Teilhabe. Soziale Sicherheit und rechtlicher Schutz
27 müssen auch in Zukunft gewährleistet bleiben. Flexibilität darf nicht zu
28 prekären Arbeitsverhältnissen führen. Gleiche Arbeit muss gleich entlohnt
29 werden – das gilt insbesondere für die Arbeit von Frauen. In Würde zu Arbeiten
30 bedeutet: faire und gute Arbeitsbedingungen, Arbeits- und Gesundheitsschutz,
31 effektiver Schutz vor Diskriminierung und sexueller Belästigung und ein
32 verlässlicher Kündigungsschutz. Die Tarifautonomie und der
33 Flächentarifvertrag bleiben für uns die grundlegenden Mechanismen für die
34 Aushandlung und Gestaltung der Arbeitsbeziehungen.

35 Wir wollen die Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs verbessern, die
36 Durchlässigkeit der Arbeitsgesellschaft erhöhen und die Leistungsbereitschaft
37 der Menschen unterstützen. Leistungsbereitschaft muss stärker gefördert
38 werden und sich auch auszahlen.

1 Für uns bleibt wichtig: Frauen und Männer müssen gleichberechtigt und
2 partnerschaftlich sowohl an der Erwerbsarbeit, am beruflichen Aufstieg als auch
3 an anderen Formen von Arbeit wie Familienarbeit oder gesellschaftlich
4 nützlicher Arbeit teilhaben können. Dazu gehören auch verbindliche
5 Zielvorgaben für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an
6 Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung
7 sowie Aufsichtsgremien.

8 Arbeitszeitpolitik und Arbeitszeitgestaltung haben für uns großen Stellenwert.
9 Sie haben gesellschaftliche Bedeutung, denn sie beeinflussen die Teilhabe am
10 gesellschaftlichen Leben, an kulturellen, sozialen und ehrenamtlichen
11 Betätigungen der Menschen. Die Arbeitszeitpolitik der Zukunft muss den
12 berechtigten Interessen der Unternehmen nach Stärkung von Innovation und
13 Wettbewerbsfähigkeit gerecht werden. In gleicher Weise muss die künftige
14 Arbeitszeitpolitik den Bedürfnissen der Beschäftigten nach mehr Zeitautonomie
15 und Qualifizierungschancen sowie nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf
16 entsprechen. Die flexiblere Aufteilung und die Umverteilung von Arbeitszeit
17 stellen zu diesem Ziel keinen Widerspruch dar, sondern bieten neue Chancen.
18 Ein wichtiges Instrument, um die Ansprüche von Unternehmen sowie
19 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Einklang zu bringen, sind
20 Arbeitszeitkonten.

21 Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeitszeit den Lebensphasen entsprechend
22 angepasst werden kann. Gerade dies führt zu einer besseren Vereinbarkeit von
23 Familie und Beruf. Wir wollen eine humane Ausgestaltung der Arbeitszeiten
24 und der Arbeitsbedingungen, die Schutz vor Überforderung infolge langer
25 Arbeitszeiten bei gleichzeitiger Arbeitsverdichtung bietet und die es Müttern
26 und Vätern gleichermaßen ermöglicht, ihre Erziehungspflichten wahrzunehmen.

27 Die Lebensläufe vieler Menschen sind von einem Wechsel zwischen Phasen
28 abhängiger Beschäftigung, Nichterwerbstätigkeit und Phasen der Familienarbeit
29 oder selbständiger Tätigkeit bestimmt. Qualifikation und Wissen werden dabei
30 im Arbeitsprozess zunehmend wichtiger. Unser Ziel ist es, Arbeitslosigkeit
31 bereits im Ansatz zu verhindern. Dazu müssen die Übergänge zwischen den
32 Lebensphasen besser abgesichert und Arbeitsfähigkeit Qualifikation müssen
33 stetig erhalten und ausgebaut werden. Deshalb wollen wir die
34 Arbeitslosenversicherung zu einer Beschäftigungsversicherung
35 weiterentwickeln in deren Zentrum eine neue Kultur der Weiterbildung steht.
36 Die Tarifpartner müssen die Qualifizierung der Beschäftigten als zentralen
37 Bestandteil von Tarifpolitik begreifen.

38 *Wer Arbeit hat, kann nicht nur seinen Lebensunterhalt selbst verdienen,*
39 *sondern hat die Möglichkeit zur Teilhabe an Gesellschaft. Arbeit haben*
40 *bedeutet Respekt und Anerkennung erfahren, Selbstvertrauen gewinnen, sich*
41 *dazu gehörig fühlen. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten halten am Ziel*
42 *der Vollbeschäftigung fest. Jeder Mann und jede Frau muss die Möglichkeit zur*

1 *Teilhabe an sozial abgesicherter und Existenz sichernder Arbeit haben. Gute*
2 *Arbeit muss fair entlohnt werden. Wir brauchen gerechte Löhne. Wir streben*
3 *deshalb die Einführung tariflicher Mindestlöhne über das Entsendegesetz an.*
4 *Dort, wo es keine ausreichenden Tarifstrukturen gibt, kann mit gesetzlichen*
5 *Mindestlöhnen ein Mindestmaß an Absicherung und Anerkennung für geleistete*
6 *Arbeit gewährleistet werden.¹⁰*

7 **Vorsorge in den sozialen Sicherungssystemen**

8 Ohne die Sozialversicherungen ist kein leistungsfähiger Sozialstaat in
9 Deutschland denkbar. Sie bilden das Rückgrat des sozialen Rechtsstaates,
10 dessen quantitative und qualitative Handlungsfähigkeit gestärkt werden muss.
11 Ein wirkungsvoller Vorsorgender Sozialstaat stärkt die bestehenden sozialen
12 Sicherungssysteme in ihrer Fähigkeit, ihre existentiellen Aufgaben weiter zu
13 entwickeln.

14 **Gesund leben**

15 Gesundheit ist die Voraussetzung für Leistungsfähigkeit und aktive Teilhabe am
16 Erwerbs- und Gesellschaftsleben. Die Erhaltung der Gesundheit, die
17 Vermeidung von Krankheiten, ihre Heilung und die Wiederherstellung der
18 Gesundheit sowie ein menschenwürdiges Leben mit unheilbaren Erkrankungen
19 sind deshalb zentrale Elemente sozialstaatlicher Politik.

20 Die Gesundheitsversorgung für alle in gleicher Weise sicherzustellen, ist
21 Aufgabe des sozialen Gesundheitswesens. Sie ruht auf den Säulen Prävention,
22 Heilung, Rehabilitation und einer menschenwürdigen Versorgung am
23 Lebensende.

24 Wir wollen die Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen.
25 Alle Bürgerinnen und Bürger sollen versichert sein und entsprechend ihrer
26 Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Gesundheitssystems beitragen. Sie
27 sollen unabhängig von ihrem Erwerbstatus in die Solidarität unseres
28 Gesundheitswesens einbezogen werden. Neben den paritätisch finanzierten
29 Beiträgen wollen wir das Gesundheitswesen künftig zunehmend über Steuern
30 finanzieren.

31 Vorsorgende Gesundheitspolitik beginnt bei der Vermeidung von Krankheiten
32 von Beginn des Lebens an. Wir wollen das Recht jedes Kindes auf gesundes
33 Aufwachsen stärken. Wir wollen gesundheitsbewusstes Verhalten und
34 Prävention stärken und fördern. Dabei werden wir auch die Lebenssituation der
35 Menschen in den Blick nehmen und die Ursachen von Krankheiten bekämpfen.

36 Der medizinisch-technische Fortschritt eröffnet neue Möglichkeiten, um kranke
37 Menschen besser zu versorgen und zu heilen. Diese Fortschritte müssen allen
38 Menschen gleichermaßen zugänglich sein. Die bereits feststellbaren Elemente

1 einer Zwei-Klassen-Medizin sind für eine demokratische Gesellschaft nicht
2 hinnehmbar.

3 Die solidarischen Prinzipien der Bürgerversicherung wollen wir auch in der
4 Pflegeversicherung anwenden. Die soziale Pflegeversicherung ist muss
5 weiterentwickelt werden. Ihre Leistungen müssen immer wieder dem sich
6 ändernden Bedarf angepasst werden. Unser Pflegebegriff muss sich in Zukunft
7 stärker an der Lebenssituation der Menschen ausrichten. Menschenwürdige
8 Pflege wird auch in Zukunft in Familie, privatem Umfeld und ambulanten und
9 stationären Einrichtungen gleichermaßen stattfinden. Wir wollen private,
10 kommunale und wohlfahrtliche Initiativen stärken, weil Pflege auf vielfältiges
11 Engagement angewiesen bleibt.

12 **Sicher und aktiv im Alter**

13 Es ist eine Errungenschaft des Sozialstaates, dass ältere Menschen ihr Leben
14 frei von materieller Not gestalten können. Damit die Menschen auch zukünftig
15 im Alter über ein Einkommen verfügen, das ihren Lebensstandard sichert, muss
16 die gesetzliche Rentenversicherung die tragende Säule der Alterssicherung
17 bleiben. Sie muss allerdings durch Einkünfte aus betrieblicher Alterssicherung
18 sowie freiwilliger, aber staatlich geförderter privater Vorsorge ergänzt werden.

19 Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung von einer Versicherung der
20 abhängig Beschäftigten zu einer Erwerbstätigenversicherung weiter entwickeln,
21 in die auch Selbstständige sowie Beamtinnen und Beamten einbezogen sind,
22 und so den veränderten Bedingungen des Erwerbslebens anpassen. Dabei halten
23 wir am Erwerbseinkommen als Maßstab für die Rentenhöhe fest.

24 *Die Beitragsbezogenheit der Rente muss durch das Ziel der Armutsvermeidung*
25 *ergänzt werden. Sicherungslücken im Alter durch Lebensphasen, in denen keine*
26 *Erwerbstätigkeit möglich ist, dürfen nicht entstehen.¹¹*

27 Voraussetzung für eine eigenständige Alterssicherung der Frauen sind eine
28 möglichst durchgehende Erwerbstätigkeit mit Existenz sicherndem Einkommen
29 sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen beim Berufszugang und
30 beruflichem Aufstieg. So lange dies nicht gewährleistet ist, wird die
31 bedarfsorientierte soziale Grundsicherung als Ergänzung zur gesetzlichen Rente
32 Altersarmut verhindern.

33 Die eigenverantwortliche Vorsorge der Menschen durch die betriebliche und
34 private Säule sollten Staat, Tarifpartner und andere gesellschaftliche Akteure
35 unterstützen.

36

37

1 4.6 Bildung in der lernenden Gesellschaft

2

3 Bildung entscheidet unsere Zukunft. Sie ist die große soziale Frage unserer Zeit.
4 Bildung bestimmt den Weg jeder und jedes Einzelnen. Sie erst ermöglicht dem
5 Menschen, sich Ziele zu setzen und Träume zu verwirklichen. Sie erschließt
6 ihm den Zugang zu einer Welt im Wandel. Sie befähigt ihn zu Demokratie und
7 sozialer Verantwortung. Sie eröffnet ihm die Chance auf Arbeit und verbessert
8 die soziale Sicherheit, von der Jugend bis ins hohe Alter. Vor allem Bildung
9 sorgt immer neu für Teilhabe und soziale Aufstiegsperspektiven.

10 Bildung ist ein Schlüssel zur freien, friedlichen, gerechten und demokratischen
11 Gesellschaft. Sie ist eine wirtschaftliche Produktivkraft mit rasant wachsender
12 Bedeutung. Nur Gesellschaften, die ein offenes, sozial durchlässiges und hoch
13 entwickeltes Bildungssystem haben, prosperieren in der globalen
14 Wissensgesellschaft.

15 Unser Bildungswesen muss von an Anfang die Gleichstellung von Mädchen
16 und Jungen als ein Ziel im Blick haben. Dieses Ziel kann nicht durch kulturelle
17 oder religiöse Vorstellungen in Frage gestellt und Mädchen an der
18 Inanspruchnahme von Bildungsangeboten gehindert werden.

19 *Wo nötig, muss der Unterricht für Schülerinnen und Schüler getrennt mit*
20 *geschlechtsspezifischen Angeboten durchgeführt werden.¹²*

21 Das Wissen nimmt in einem atemberaubenden Tempo zu. Erworbene
22 Kenntnisse sind schnell überholt. Gute Bildung ist eine dauernde Aufgabe.
23 Menschen lernen für das Leben, vor allem aber ein Leben lang. Kein
24 Individuum kann alles verfügbare Wissen in sich vereinigen, aber gemeinsam
25 mit anderen können wir den größtmöglichen Nutzen für alle aus dem
26 Wissensfortschritt ziehen.

27 Wir wollen eine ganzheitliche Bildung. Sie richtet sich auf theoretisches Wissen
28 und beruflich verwertbare Inhalte. Sie umfasst nicht minder die ästhetische
29 Erfahrung, die ethische Reflexion und die Wertevermittlung. Um unsere offene
30 Gesellschaft zu stärken, brauchen wir eine Aufwertung der politischen Bildung
31 und Erziehung zur Demokratie. Umfassende kulturelle und soziale Bildung
32 stärkt die Persönlichkeit. Starke Persönlichkeiten sind fähig zur Toleranz und
33 respektieren andere Kulturen.

34 **Bildung für alle**

35 Wir wollen den freien Zugang zu Informationen, zu Bildung und Wissen. Eine
36 gerechte Gesellschaft muss Chancengleichheit verwirklichen. Jede Form der
37 Ausgrenzung durch mangelnde Bildungschancen müssen wir überwinden. Von
38 der frühkindlichen Bildung bis zum ersten beruflichen Abschluss müssen wir

- 1 Eltern und Kindern den Weg frei machen und finanzielle Hürden beseitigen.
2 Wir treten dafür ein, dass Kindergärten ebenso wie Schulen und das
3 Erststudium gebührenfrei sind.
- 4 Bildung ist ein öffentliches Gut. Es ist die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen,
5 dass Bildung unabhängig von der Herkunft für alle gleichermaßen zugänglich
6 ist. Die öffentlichen Ausgaben für Bildung müssen mit der wachsenden
7 Bedeutung von Bildung Schritt halten. Investitionen in die Menschen müssen
8 Priorität bekommen.
- 9 Wir brauchen eine Kultur der zweiten, der dritten Chance. Wer im Laufe seines
10 Lebens in eine Sackgasse geraten ist, muss die Möglichkeit haben,
11 Schulabschlüsse gebührenfrei nachzuholen und berufliche Abschlüsse zu
12 erwerben.
- 13 Wir brauchen bessere und breitere Bildung. Wir bekämpfen den
14 Analphabetismus. Alle Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, sich
15 moderner Medien bedienen zu können. Digitale Spaltungen in unserer
16 Gesellschaft verhindern wir, indem der Umgang mit Computer und Internet in
17 allen Bereichen von Bildung und Weiterbildung eingeübt wird. Mädchen und
18 Frauen müssen daran gleichberechtigt beteiligt werden. Bessere
19 Medienerziehung schafft die Voraussetzung für einen bewussten und kritischen
20 Umgang mit Medien.
- 21 Wer an Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen Wissen
22 und Werte vermittelt, leistet eine herausragend wichtige Arbeit für unsere
23 Gesellschaft. Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer,
24 Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer tragen große Verantwortung. Ihnen
25 gebührt mehr Anerkennung und Unterstützung. Wir wollen diese Berufe
26 stärken. Wir müssen darauf achten, dass das Verhältnis zwischen Frauen und
27 Männern unter den Lehrenden vom Kindergarten bis zur Hochschule
28 ausgewogener wird. Nur so haben Jungen und Mädchen Leitbilder. Die Aus-
29 und Weiterbildung muss verbessert werden.
- 30 Eltern spielen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eine
31 entscheidende Rolle. Wir wollen sie bei dieser Aufgabe unterstützen. Wo Eltern
32 nicht in der Lage sind, ihren Kindern eine ausreichende Entwicklung zu
33 garantieren, müssen das Bildungssystem und eine wachsame Kinder- und
34 Jugendhilfe alle Anstrengungen unternehmen, um jedem Kind gleiche
35 Entwicklungschancen zu ermöglichen.
- 36 **Bildung von Anfang an**
- 37 Die Förderung von Kindern beginnt für uns bei der gezielten Unterstützung von
38 Schwangeren und Eltern. Die ersten Wochen und Jahre des Lebens sind
39 entscheidend. An der Seite der Eltern sind Ärztinnen und Ärzte, Hebammen,

1 Krankenschwestern und Krankenpfleger die ersten, die das Wohl und die
2 Entwicklung des Kindes fördern. Wir wollen sie gut darauf vorbereiten.

3 Für uns sind Kindertagesstätten ein unverzichtbares Glied der Bildungskette.
4 Sie können herkunftsbedingte Benachteiligungen frühzeitig ausgleichen. Wir
5 wollen den Bildungs- und Erziehungsauftrag von vorschulischen Einrichtungen
6 stärken. Wir werden Kindertageseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren
7 ausbauen. Dort finden Familien gute Beratung, verlässliche Hilfe im Alltag und
8 Weiterbildung. Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern richten wir
9 stärker auf frühkindliche Bildung aus. Ein besonderes Augenmerk muss der
10 Sprachförderung, der gesundheitlichen Entwicklung eines jeden Kindes und der
11 Gleichstellung von Mädchen und Jungen gelten.

12 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben erfolgreich die
13 Abschaffung des Schulgeldes erkämpft. Jetzt fordern wir die gebührenfreie
14 Ganztagsbetreuung für alle Kinder von Anfang an. Ab dem ersten Geburtstag
15 soll es einen Rechtsanspruch auf Betreuung geben.

16 **Gemeinsam lernen**

17 Wir wollen den Ausbau der Ganztagschule. Kinder finden in der
18 Ganztagschule verlässliche Lern- und Unterrichtszeiten. Sie sind auch Zeiten
19 des sozialen Lernens und der mitmenschlichen Erfahrung. Die Schule wird zu
20 einem Lebensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen.

21 Die Ganztagschule ist sozial verankert. Sie bezieht Sportvereine,
22 Musikschulen, Volkshochschulen und Betriebe aus der Nachbarschaft ebenso
23 ein wie Träger der freien Jugendhilfe. Wir wollen in den Ganztagschulen mehr
24 Möglichkeiten schaffen, um Schülerinnen und Schüler so zu fördern, wie sie es
25 persönlich brauchen. So können wir ihre Stärken entdecken und entwickeln. Die
26 Eltern werden durch ganztägige Angebote entlastet.

27 *Wir wollen ein längeres gemeinsames Lernen über die Grundschule hinaus.¹³*
28 Wir verbinden dies mit einer besseren individuellen Förderung. Auf diese
29 Weise verbessern sich die Entwicklungschancen aller Kinder und erhöht der
30 soziale Zusammenhalt. In Schulsystemen, in denen Kinder länger gemeinsam
31 lernen, können sowohl Lernschwache als auch Lernstarke ein höheres
32 Kompetenzniveau erreichen.

33 Wir wollen, dass Schulen selbständiger arbeiten. Sie erhalten verbindliche
34 Standards, und ihre Leistungsfähigkeit wird regelmäßig überprüft. Dabei sollen
35 sie jedoch weit mehr eigene Kreativität und Kompetenz entfalten können. Dazu
36 gehören auch die Auswahl des Personals und ein verlässliches Schulbudget.
37 Unser Leitbild ist die demokratische Schule, in der die Lehrenden ebenso wie
38 die Lernenden und ihre Eltern in die Entscheidungen eingebunden sind.

1 Die berufliche Ausbildung modernisieren

2 Die berufliche Erstausbildung ist eine wichtige Grundlage für das lebenslange
3 berufliche Lernen. Sie muss deshalb auch berufsübergreifende Fähigkeiten
4 vermitteln. Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit erhalten, eine
5 qualifizierte Ausbildung zu durchlaufen, die sie dazu befähigt, am Arbeitsleben
6 teilzunehmen und ein selbst bestimmtes Leben zu führen.

7 Das Duale System wollen wir weiterentwickeln. Es muss so modernisiert
8 werden, dass es mit den rasanten Entwicklungen in der Arbeitswelt Schritt hält.
9 Das Duale System muss in den neuen Branchen stärker verankert werden. Nötig
10 sind eine bessere Verzahnung von Betrieb und Schule, engagierte Hilfen für
11 neue Betriebe und eine Entbürokratisierung der Ausbildung. Lernschwache
12 brauchen besondere, auf sie zugeschnittene Hilfen. Die Unternehmen sind dabei
13 in der Pflicht, für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses zu sorgen.

14 Schulen und Betriebe müssen besser zusammenarbeiten. Der Schritt von der
15 allgemein bildenden Schule in die berufliche Ausbildung fällt Jugendlichen viel
16 leichter, wenn sie sich schon in den Schulen realistisch auf den Beruf hin
17 orientieren. Mädchen und Frauen sollen selbst entscheiden, was sie werden.
18 Überkommene Rollenmuster müssen aufgebrochen werden. Wir wollen
19 erreichen, dass Frauen bei der Studien- und Berufswahl in gleicher Weise wie
20 Männer an technische und naturwissenschaftliche Berufsfelder herangeführt
21 werden. Wir müssen auch Jungen aus ihrer alten Rollenfixierung herausführen,
22 damit sie die allgemeinbildenden Schulen besser bewältigen können.

23 Das Studium und die Forschung stärken

24 Gesellschaft und Wirtschaft brauchen immer mehr hoch qualifizierte
25 Fachkräfte. Deshalb müssen weit mehr Menschen in Deutschland erfolgreich
26 studieren. Wir wollen die Qualität der Hochschulen verbessern und die
27 Studienplätze ausbauen.

28 Hochschulen sollen so weit wie möglich autonom sein. Wir wollen die
29 Mitbestimmung all derer ermöglichen, die am Leben der Hochschule beteiligt
30 sind.

31 *Dort wo Frauen als Lehrende, die auch eine Vorbildfunktion innehaben,*
32 *unterrepräsentiert sind, müssen sie stärker beteiligt werden.¹⁴*

33 Forschung und Lehre bilden eine Einheit. Hochschulen und
34 Forschungseinrichtungen müssen eng zusammen arbeiten.

35 Wir wollen den offenen Zugang zum Studium für alle, die dazu fähig sind.
36 Entschluss und Talent sollen entscheiden, nicht der soziale Hintergrund. Das
37 Studium muss auch aus einer beruflichen Qualifizierung heraus möglich sein.
38 Der Staat unterstützt das Studieren durch Zuschüsse, Darlehen und Stipendien.

1 Wir wollen die internationale Erfahrung von Studierenden erhöhen und die
2 Studienförderung darauf ausrichten. Zugleich soll unser Land offen und
3 attraktiv für Studierende aus anderen Ländern sein. Dafür müssen auch
4 bürokratische Zugangsschranken abgebaut werden. Um die besten Köpfe zu
5 gewinnen, brauchen wir Stipendien für begabte Studierende aus dem Ausland.

6 **Weiterbildung in der lernenden Gesellschaft**

7 Wir wollen die lernende Gesellschaft, in der Menschen sich ein Leben lang
8 weiterentwickeln können. Wir wollen die Weiterbildung zur vierten Säule im
9 Bildungssystem ausbauen. Damit die Menschen sich engagiert fortbilden,
10 wollen wir sie durch Freistellungsansprüche und finanzielle Förderung
11 unterstützen. Dabei müssen die besonderen Belange von Müttern und Vätern
12 berücksichtigt werden. Wir brauchen dafür gemeinsame Lösungen der Politik,
13 der Tarifpartner und der Betriebe. Wir werden die bestehende
14 Arbeitslosenversicherung zu einer Beschäftigungsversicherung
15 weiterentwickeln und damit einen Beitrag zur Finanzierung von Weiterbildung
16 leisten. In den Hochschulen wollen wir die berufliche Weiterbildung als eigene
17 Aufgabe verankern.

18 Die Teilhabe an lebenslangem Lernen sichert nicht allein die
19 Beschäftigungsfähigkeit, sondern ist Kernelement einer erfüllten persönlichen
20 und gesellschaftlichen Lebensführung. Neben der beruflichen kommt deshalb
21 der allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung eine wichtige
22 Bedeutung zu. Volkshochschulen müssen dabei wieder eine wichtigere Rolle
23 spielen.

24 Durch Weiterbildung können ältere Menschen in Beruf und Gesellschaft aktiv
25 bleiben. Das sichert die Innovationskraft in einer Gesellschaft des langen
26 Lebens. Wir wollen, dass Lernen und Bildung in der dritten Lebensphase die
27 Beziehungen zwischen den Generationen bereichert.

28

29 **4.7 Die Stärkung der Familie**

30

31 Die Familie ist der Ort, wo Menschen Liebe, Geborgenheit und Halt,
32 Orientierung und gegenseitige Unterstützung finden.

33 Eine erfolgreiche Kinder- und Familienpolitik gehört zu den Schlüsselfragen für
34 die Zukunftsfähigkeit unseres Landes – sozial, wirtschaftlich und politisch. Die
35 Gründe für die anhaltend niedrige Geburtenrate in Deutschland liegen in
36 gesellschaftlicher Rückständigkeit und in politischen Versäumnissen. Kinder-
37 und Familienpolitik muss vom Rand ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit

- 1 rücken. Wir brauchen eine Kinder- und Familienpolitik, die Grenzen von
2 Ressorts und Zuständigkeitsebenen überwindet.
- 3 Kinder verkörpern Freude auf die Zukunft. Sie sind das Fundament jeder
4 Gesellschaft. Nur eine kinderfreundliche Gesellschaft kann dynamisch und
5 wachstumsstark sein. Wir wollen dafür sorgen, dass jeder Mensch die Chance
6 hat, seinen Lebensentwurf zu verwirklichen. Deshalb setzen wir auf eine
7 Politik, die es jungen Frauen und Männern leichter macht, ihre Kinderwünsche
8 zu erfüllen, ohne dabei ihre beruflichen Wünsche und Perspektiven zu
9 gefährden. Das gilt besonders für die Eltern, die sich für mehrere Kinder
10 entscheiden. Junge Menschen brauchen in der Phase der Familiengründung
11 mehr finanzielle Hilfen, aber auch mehr Unterstützung aus der Gesellschaft und
12 von Arbeitgebern.
- 13 Wir wollen die politischen Rahmenbedingungen grundlegend verbessern, damit
14 wieder mehr Kinder geboren werden. Junge Frauen und Männer brauchen
15 gezielte Unterstützung, damit sie sich in jeder Lebensphase, auch in Ausbildung
16 oder Berufseinstieg, für ein Kind entscheiden können. Und wir wollen, dass
17 Menschen, die sich drei oder mehr Kinder wünschen, nicht wegen der
18 finanziellen Konsequenzen darauf verzichten. Es ist eine massive
19 Einschränkung von individueller Freiheit und von Lebenschancen, wenn viele
20 Männer und Frauen wegen der mangelnden Vereinbarkeit von Familie und
21 Beruf kinderlos bleiben.
- 22 Die Arbeitswelt muss den Bedürfnissen der Familien Rechnung tragen.
23 Erwerbsverhältnisse, die auf Dauer weder Planbarkeit noch wirtschaftliche
24 Selbstständigkeit ermöglichen, erschweren jungen Menschen die Entscheidung
25 für Kinder. Arbeitsbedingungen, die sich immer einseitiger am Ideal des allzeit
26 verfügbaren Individuums ausrichten, gefährden stabile zwischenmenschliche
27 Beziehungen und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Arbeitszeiten,
28 aber auch betriebliche Aus- und Fortbildungszeiten müssen sich stärker an den
29 Bedürfnissen von Eltern orientieren. Somit eröffnen wir ihnen gleiche Chancen
30 auf eine Existenz sichernde Erwerbsarbeit, gleiche Chancen auf Karriere und
31 Führungspositionen und die Möglichkeit für eine partnerschaftliche Teilung der
32 Erziehungs- und Familienaufgaben. Das nutzt Familien und Unternehmen.
- 33 Wenn Eltern sich trennen, wird dies zunehmend zum Armutsrisiko für die
34 Kinder. Alleinerziehende Elternteile, in der Regel die Mütter, sind mangels
35 Betreuungsangeboten meist nicht in der Lage, einen Beruf auszuüben. Die
36 finanziellen Engpässe treffen getrennt lebende Mütter wie Väter, besonders
37 wenn sie gemeinsam mehrere Kinder haben. Der Staat muss insbesondere durch
38 Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten dafür sorgen, dass Alleinerziehende
39 erwerbstätig sein können.
- 40 Wir finden uns nicht damit ab, dass soziale Situation und Herkunft der Eltern
41 bis heute entscheidend die Bildungs- und späteren Erwerbschancen der Kinder

1 bestimmen. Familienpolitik ist darum ein wichtiger Bestandteil von
2 Integrationspolitik.

3 Wir orientieren unser Familienbild an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Die
4 meisten Menschen wünschen sich die Ehe. Wir bestärken sie darin, unterstützen
5 aber auch andere gemeinsame Lebenswege und gleichgeschlechtliche
6 Lebenspartnerschaften. Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Lebenspartner
7 oder Generationen füreinander eintreten. Jeder hat Familie, auch Menschen
8 ohne eigene Kinder.

9 Unser Leitbild ist die Familie, in der Mutter und Vater gleichermaßen für den
10 Unterhalt und die Fürsorge verantwortlich sind. Das will die große Mehrheit der
11 jungen Menschen. Es entspricht den Bedürfnissen der Kinder nach Mutter und
12 Vater, und es sichert die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Familien.
13 Gleichzeitig verdient die Leistung allein erziehender Eltern mehr Anerkennung
14 und Unterstützung.

15 Die Entscheidung für Kinder ist und bleibt privat. Aber zugleich beeinflusst
16 jedes Ja oder Nein zu einem Kind die Zukunft unseres Landes. Wir wollen
17 deshalb die gesellschaftliche Verantwortung für Kinder stärken. Das heißt:
18 intensive fachliche Begleitung für alle Eltern und einen Rechtsanspruch auf
19 ganztägige Betreuung ab dem zweiten Lebensjahr. Eltern brauchen gerade in
20 den ersten Lebensjahren ihrer Kinder mehr Unterstützung. Was Mütter und
21 Väter in dieser frühen Phase versäumen, kann später nur schwer ausgeglichen
22 werden. Beide Elternteile haben das Recht, aber auch die Pflicht zur Erziehung
23 ihrer Kinder.

24 Eine besondere Verantwortung hat der Staat für Kinder, die in ihren Familien
25 keine ausreichende Unterstützung bekommen oder sogar Gewalt erfahren. Das
26 Elternrecht findet seine Grenzen, wo das Kindesrecht verletzt wird. Wenn
27 Konflikte in der Familie in Gewalt gegen Frauen oder die Vernachlässigung von
28 Kindern ausarten, müssen Staat und Gesellschaft eingreifen.

29

30 **4.8 Die Gleichstellung der Geschlechter**

31

32 Seit dem 19. Jahrhundert hat die SPD gleiche Rechte für Frauen verlangt und
33 sie Schritt für Schritt umgesetzt, vom Frauenwahlrecht bis zu gleichen Rechten
34 in Ehe und Familie, im Beruf und im Zugang zu den Bildungseinrichtungen.
35 Dabei wurde klar, dass gleiche Rechte noch keine Gleichstellung bedeuten, dass
36 dazu vielmehr die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau
37 überwunden werden muss.

- 1 Auch da ist die SPD vorangegangen, hat die Bildungschancen für Mädchen
2 verbessert und für Frauen die bessere Beteiligung in den demokratischen
3 Parteien, Parlamenten und Regierungen durchgesetzt. Hier war die SPD
4 wegweisend und bahnbrechend, auch für andere Parteien und Institutionen.
- 5 Dennoch erhalten Frauen immer noch weniger Lohn als Männer, Frauen haben
6 schlechtere Berufs- und Aufstiegschancen. Frauen haben die Last der
7 Vereinbarkeit von Beruf und Familie überwiegend zu tragen. Und die Männer
8 tragen die Last der Ernährerrolle. Auch in paritätisch besetzten Gremien werden
9 politische Vorentscheidungen in Männerrunden getroffen.
- 10 Umso nachdrücklicher erstrebt die Sozialdemokratie eine Gesellschaft, in der
11 Männer und Frauen gleich, frei und solidarisch miteinander leben.
- 12 Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte und
13 Möglichkeiten beim Zugang zu Bildung, Ausbildung, Beruf, Aufstieg,
14 Ehrenamt und politischer Arbeit haben, unabhängig von Geschlecht, sexueller
15 Identität, sozialer und ethnischer Herkunft oder Religionszugehörigkeit.
- 16 Wir wollen, dass Frauen und Männer gleichermaßen Erwerbs- und Hausarbeit,
17 Kindererziehung und gesellschaftliches Engagement ausüben können.
- 18 Wir wollen, dass junge Frauen ihre Vorstellung von einem erfüllten Leben
19 verwirklichen können. Sie wollen beides; Beruf und Familie. Auch Männer
20 wollen nicht nur Ernährer, sondern auch Erzieher und Begleiter ihrer Kinder
21 sein. Dieses neue Leitbild der gemeinsamen Familienarbeit und gleichzeitiger
22 Berufstätigkeit muss die Gesellschaft ermöglichen.
- 23 Existenzsichernde Erwerbsarbeit, gleicher Zugang zum Beruf und beruflichen
24 Aufstieg, gleiche Bezahlung, elternfreundliche Arbeitszeiten und verlässliche
25 pädagogische Ganztagsangebote für Kinder aller Altersstufen sind hierfür
26 Grundvoraussetzungen.
- 27 Erwerbstätigkeit ohne Existenz sicherndes Einkommen für Frauen überwindet
28 die Rollenfestlegung nicht, verfestigt sie vielmehr und verhindert die
29 Gleichstellung bis ins Alter.
- 30 Wir wollen, dass alle Regierungen und Verwaltungen das, was sie planen,
31 beschließen und umsetzen auf die Auswirkungen auf das Leben von Frauen,
32 Männern und Kindern überprüfen und es – wenn nötig – korrigieren. Das ist das
33 Prinzip des „Gender Mainstreaming“.
- 34 Die Umgestaltung unserer Gesellschaft in eine Gesellschaft mit gleichen
35 Chancen für Männer und Frauen erfasst alle Lebensbereiche von der Familie bis
36 zur Arbeitswelt, von Bildung und Kultur bis zur demokratischen Teilhabe, von
37 der Innenpolitik bis zur Außenpolitik und Entwicklungshilfe.
- 38 Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.

1

2 **4.9 Nachhaltiger Fortschritt**

3 Energie ist ebenso wie Luft, Wasser und andere natürliche Ressourcen
4 Lebensgrundlage unserer Zivilisation. Die heutige Art, mit Energie umzugehen
5 und Ressourcen zu verschwenden, hat keine Zukunft mehr. Die Natur reagiert
6 auf menschliche Einflüsse. Der Klimawandel gehört zu den größten globalen
7 Gefahren. Das weltweite Wachstum des Energiebedarfs und die Zunahme des
8 Naturverbrauchs machen rasches Umsteuern zwingend erforderlich.

9 Ein besseres Leben mit höherem Wohlstand ist möglich, und zwar nicht nur hier
10 und heute, sondern weltweit und auch für kommende Generationen. Niemand
11 kann die technische Entwicklung aufhalten. Schon der Versuch wäre töricht,
12 denn er verbaut uns die Lösung der ökologischen Frage. Der technologische
13 Fortschritt ist die Antwort, wenn wir den Mut und die Kraft finden, eine neue
14 Richtung einzuschlagen.

15 Wir legen unserer Politik auf allen Feldern das Prinzip der Nachhaltigkeit
16 zugrunde. Die nachhaltige Entwicklung schafft eine Balance von sozialen,
17 ökologischen und wirtschaftlichen Zielen. Sie bezieht die Bedürfnisse künftiger
18 Generationen in unsere heutigen Entscheidungen mit ein.

19 **Technologie und gesellschaftliche Verantwortung**

20 Die ökologischen und sozialen Probleme der modernen Welt können wir mit
21 den Mitteln der modernen Welt lösen. Das Wissen und das Können der
22 Menschheit eröffnen Möglichkeiten, die lange als undenkbar galten. Wir
23 können Krankheiten besiegen, die unheilbar waren. Wir können den Hunger
24 bekämpfen. Wir können mobil sein mit einem Bruchteil der ehemals
25 erforderlichen Antriebskraft. Die Wirtschaft kann wachsen, ohne die Natur zu
26 zerstören. Das alles ist möglich, wenn wir unser Können entschlossen und
27 vernünftig nutzen.

28 Wir fördern Ideen und Erfindergeist. Nutzen und Risiken neuer Technologien
29 prüfen wir unvoreingenommen darauf, ob sie der freien Entfaltung, der Würde,
30 der Sicherheit und dem sozialen Miteinander der Menschen dienen. Wir wissen:
31 Technische Neuerungen brauchen gesellschaftliche Akzeptanz. Sie wächst in
32 dem Maße, in dem der Fortschritt das Leben verbessert und alle Menschen
33 erreicht.

34 Bio- und Gentechnologie und die neuen Möglichkeiten der Medizin führen uns
35 in ethische Grenzbereiche. Ihre Erforschung und Anwendung erfordern deshalb
36 eine ethische Reflexion und breite Diskussion. Wir suchen das Gespräch
37 darüber mit der Wissenschaft ebenso wie mit den Kirchen und
38 Glaubensgemeinschaften. Wir wollen eine verantwortungsbewusste politische
39 Verständigung über die ethischen Grenzen, die das Gebot der Menschenwürde

1 erfordert. Die Würde des menschlichen Lebens darf in all seinen Phasen nicht
2 angetastet werden. Am Verbot des gezielten genetischen Eingriffs in die
3 menschliche Keimbahn halten wir fest.

4 **Energie und Ressourcen**

5 Wir wollen einen Umgang mit Energie und Ressourcen, der diese Güter
6 dauerhaft sichert. Dazu ist es notwendig, den Verbrauch von Energie und
7 Rohstoffen zu senken. Gleichzeitig müssen wir die erneuerbaren Energien
8 deutlich ausbauen. Dieses Umsteuern sichert unseren Wohlstand für die
9 Zukunft. Menschen und Unternehmen brauchen Energie zu vernünftigen
10 Preisen. Wenn wir Energie effizient nutzen, bleiben Strom, Wärme und
11 Mobilität für alle Menschen bezahlbar. Dann können weltweit mehr Menschen
12 ihren wachsenden Bedarf an Energie decken. Die globale Energiewende ist
13 deshalb eine entscheidende Aufgabe. Wir wollen, dass Deutschland dabei
14 führend ist.

15 Wir setzen auf eine Effizienzrevolution bei der Erzeugung und Nutzung von
16 Energie und Rohstoffen. Der Ausbau der Kreislaufwirtschaft muss weiter
17 gehen, der Anteil erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe
18 steigen. Unser Ziel ist die Verdoppelung der Energie- und
19 Ressourcenproduktivität der gesamten Volkswirtschaft bis 2020 und eine
20 Vervierfachung bis zur Mitte des Jahrhunderts.

21 Die Atomenergie ist ein globales Risiko. Der geordnete Ausstieg aus der
22 Atomenergie ist nötig, weil die Gefahren des Betriebs von Atomkraftwerken
23 ebenso unbeherrschbar sind wie die Risiken der Endlagerung von atomarem
24 Müll. Der Ausstieg ebnet den Weg für mehr Investitionen in nachhaltige
25 Zukunftstechnologien. Wir wollen den Aufbruch in ein solares Energiezeitalter
26 vorantreiben. Als Brücke in ein neues Energiezeitalter setzen wir auf moderne
27 Kohle- und Gaskraftwerke und unsere nationalen Energiereserven Steinkohle
28 und Braunkohle. Wir streben die Entwicklung von Kraftwerken an, die keine
29 Treibhausgase mehr freisetzen. Sie werden für eine klimaschonende
30 Energieversorgung in vielen Regionen der Welt dringend gebraucht.

31 **Klimaschutz**

32 Die Energiewende ist eine zwingende Bedingung für den Schutz unseres
33 Klimas. Die Aufnahmemöglichkeiten der Erde für schädliche Emissionen sind
34 an ihre Grenzen gelangt. Der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen muss bis
35 2050 halbiert werden. Nur so kann es gelingen, die Erderwärmung auf ein
36 verträgliches Maß zu begrenzen.

37 Über das Kyoto-Abkommen hinaus setzen auf weitere und ehrgeizigere
38 internationale Abkommen zur Reduzierung von Treibhausgasen. Deutschland
39 muss auch hier eine Vorreiterrolle übernehmen. Die Entwicklungs- und

1 Schwellenländer brauchen moderne Technologien, um ohne Umwege in
2 klimaverträgliche Energiegewinnung und Energienutzung einzusteigen.

3 **Mobilität und Lebensqualität**

4 Sich frei bewegen und weite Distanzen in kurzer Zeit überwinden zu können, ist
5 für viele Menschen ein großer Gewinn. Unsere Kultur ist vom persönlichen
6 Lebensalltag bis hin zur wirtschaftlichen Arbeitsteilung auf dem Weltmarkt
7 ohne Mobilität nicht denkbar. Die Verkehrswirtschaft ist ein Wachstumsträger.
8 Die Logistik bietet Lösungen für komplizierte Herausforderungen bei der
9 Güterversorgung.

10 Wir fördern notwendige und gewünschte Mobilität. Sie ist aber kein
11 Selbstzweck. Wo Wege überflüssig sind, wollen wir sie durch bessere Logistik
12 und eine klügere Siedlungsentwicklung vermeiden. Wir investieren auf hohem
13 Niveau in unsere Verkehrsinfrastruktur. Dabei gilt das Prinzip der
14 Nachhaltigkeit. Vorrang haben daher die ökologisch jeweils günstigsten
15 Verkehrsträger und kombinierten Verkehre. Wir wollen einen modernen und
16 leistungsfähigen Schienenverkehr. Er hat für das Zusammenwachsen Europas
17 eine große Bedeutung. Er sichert die Lebensqualität der Städte und Regionen.
18 Der Öffentliche Personennahverkehr bleibt für uns eine öffentliche Aufgabe.
19 Wo er fehlt, das zeigen die Erfahrungen vieler außereuropäischer Städte, sind
20 Luftverschmutzung und Flächenverbrauch die Folge. Bus und Bahn müssen
21 wirtschaftlicher werden. Aber wir werden sie mit öffentlichen Mitteln
22 unterstützen.

23 Das Auto wird in unserer Zeit neu erfunden. Der alte Gegensatz zwischen dem
24 motorisierten Individualverkehr und der Umwelt beginnt sich deutlich zu
25 entschärfen. Dieser Schritt ist für die Energiewende und den Klimaschutz auch
26 dringend erforderlich. Eine höhere Effizienz von Antriebstechniken und
27 Motoren und die Einführung biologischer Treibstoffe leisten einen Beitrag, die
28 Umwelt zu entlasten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kraftfahrzeugsteuer
29 künftig nach dem Kohlendioxid-Ausstoß bemessen wird. Die Chancen der
30 Hybrid-, der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie wollen wir
31 entschlossen nutzen.

32 **Entwicklung ländlicher Räume**

33 Die ländlichen Räume müssen sich den demografischen Veränderungen, dem
34 wirtschaftlichen Fortschritt und nicht zuletzt dem ökologischem Wandel stellen.
35 Das Ziel unserer Politik für die ländlichen Räume ist die wirtschaftliche
36 Stärkung der Regionen, die Erhaltung und Schaffung einer geeigneten
37 Infrastruktur und die Bewahrung der Kulturlandschaft. Wir wollen unser
38 nationales Naturerbe schützen und bewahren. Dazu ist es nötig, Naturschutz

- 1 konsequent durchzusetzen und den immer noch wachsenden Flächenverbrauch
2 durch Infrastruktur, Wirtschaft und Wohnen deutlich zu reduzieren.
- 3 Das Leben in den ländlichen Räumen wird noch immer von der Landwirtschaft
4 geprägt. Ländliche Regionen besitzen eigenständige Entwicklungschancen wie
5 den Tourismus oder nachwachsende Rohstoffe, die sehr eng mit der
6 nachhaltigen Landbewirtschaftung verknüpft sind. Wir unterstützen die
7 regionale Vernetzung von Aktivitäten, die das Ziel haben, die eigenen Kräfte
8 der Regionen zu fördern.
- 9 Die Bedingungen für die Landwirtschaft in Deutschland werden sich weiter
10 wandeln. Die Internationalisierung der Agrarmärkte setzt sich weiter fort. In der
11 Europäischen Union setzen wir uns dafür ein, die finanziellen
12 Transferleistungen für die Landwirtschaft an ihrem Beitrag zur Erhaltung der
13 natürlichen Lebensgrundlagen und der Kulturlandschaften auszurichten und
14 eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume zu ermöglichen.
- 15 Neue Marktchancen entstehen für anspruchsvolle Lebensmittel, nicht zuletzt
16 aus ökologischer Erzeugung und für nachwachsende Rohstoffe. Wir befördern
17 eine Landwirtschaft, die diesen wachsenden Bedarf decken kann und
18 gleichzeitig die natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser und Luft schont.
19 Der kulturelle Reichtum vieler Nationen zeigt sich auch in den Landschaften,
20 die durch die agrarische Nutzung durch den Menschen entstanden sind. Diesen
21 Reichtum wollen wir bewahren.
- 22 Wir wollen eine Landwirtschaft, in der sich eine umwelt- und tiergerechte
23 Produktion lohnt. Landwirtinnen und Landwirte benötigen mehr eigene
24 wirtschaftliche Spielräume, um ihre Tätigkeit am Markt auszurichten.
25 Genossenschaften, neue Formen der Kooperation innerhalb von
26 Vermarktungsketten und andere klassische Zusammenschlüsse
27 landwirtschaftlicher Unternehmen bieten hier die Chance, Marktpositionen
28 gerade im Verhältnis zu einem stark konzentrierten Lebensmitteleinzelhandel
29 zu verbessern.
- 30 Landwirte und Verbraucher haben einen Anspruch auf gentechnikfreien Anbau.
31 Artgerechte Haltung muss eine Selbstverständlichkeit in einer Gesellschaft
32 werden, die sich den respektvollen Umgang mit Tieren zum Ziel erklärt hat.
33 Tierquälerei ist konsequent zu bekämpfen. Tierversuche gilt es zu vermeiden,
34 wo immer dies möglich ist. Das Engagement von Tierschützerinnen und
35 Tierschützern findet unsere Unterstützung.
- 36 Zum effektiven Schutz der Meere und Küstenregionen brauchen wir
37 durchsetzbare Sicherheitsstandards in Schifffahrt und Schiffbau ebenso wie eine
38 verantwortliche und nachhaltige Fischerei-Politik.

1 Verbraucherpolitik

2 Verantwortungsbewusste Konsumentinnen und Konsumenten sind Ausdruck
3 einer solidarischen und demokratischen Bürgergesellschaft. Wir wollen
4 transparent machen, unter welchen Bedingungen Produkte hergestellt und
5 Dienstleistungen erbracht werden, gerade auf globalen Märkten.
6 Kennzeichnung ermöglicht eine bewusste Nachfrage der Verbraucherinnen und
7 Verbraucher. Die öffentliche Hand muss mit ihren Beschaffungs- und
8 Investitionsentscheidungen Vorbild sein. Aktive Verbraucherpolitik stärkt die
9 Nachfrageseite. Jeder verfügt mit jedem Kauf über Einfluss. Der Einzelne mag
10 dabei schwach sein. Aber die organisierte Kraft der Verbraucher ist ein
11 wirksames Mittel, der wirtschaftlichen Entwicklung eine bessere, eine
12 nachhaltige Richtung zu geben. Eine unabhängige Verbraucherberatung und
13 verlässliche Qualitätskriterien müssen Sicherheit bieten.

14 Verbraucherinnen und Verbraucher, die bereit sind, qualitativ hochwertige
15 Ware zu kaufen, sind die Pioniere neuer Märkte für innovative Produkte. Eine
16 umfassende Verbraucherbildung kann die Menschen befähigen, sich in den
17 immer komplexer werdenden Märkten zurecht zu finden und
18 verantwortungsvolle Konsumententscheidungen zu treffen.

19 Dies gilt auch für den wachsenden Markt der Finanzdienstleistungen. Immer
20 mehr Menschen werden Kapital zur persönlichen Altersvorsorge anlegen. Dies
21 wollen wir in Einklang bringen werden mit einer langfristig und nachhaltigen
22 ausgerichteten Wirtschaftspolitik.

23

24 5. Unser Weg

25

26 Wir gehen voran. Wir überlassen anderen das Beharren und Lamentieren, die
27 Verleugnung von Realitäten, den Egoismus und den Populismus.

28 **Wir sind die Partei der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität.** Die
29 Einheit dieser drei Grundwerte, vereint im politischen Ziel der Sozialen
30 Demokratie, unterscheidet uns von allen anderen Parteien und politischen
31 Interessen. Für die Werte und Ziele der Sozialen Demokratie wollen wir die
32 Menschen in unserem Land gewinnen.

33 **Wir sind die Partei für das ganze Deutschland.** In unserer Partei bündeln sich
34 die Erfahrungen von eineinhalb Jahrhunderten Geschichte, von Ost und West,
35 von Nord und Süd, von Frauen und Männern, von Alt und Jung, von
36 verschiedenen Lebenslagen und Gruppen. Dies ist unsere Stärke. Als linke
37 Volkspartei wollen wir Verantwortung für unser ganzes Land übernehmen – im
38 Bund, in den Ländern und in den Kommunen.

1 **Wir sind die Partei der engagierten Bürgerinnen und Bürger.** Als soziale
2 Bewegung sind wir mit unseren vielen Hunderttausend Mitgliedern selbst Teil
3 einer solidarischen Bürgergesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger
4 Verantwortung für ihr Gemeinwesen übernehmen und eine lebendige
5 Demokratie schaffen. Gerade die ältere Generation ist eine unverzichtbare Kraft
6 dieser Bürgergesellschaft. Wir wollen die Aktiven in den Kirchen, Vereinen,
7 Verbänden und Nichtregierungsorganisationen für die Soziale Demokratie
8 gewinnen. Wir kämpfen gemeinsam mit allen Frauen und Männern, die sich für
9 echte Gleichstellung einsetzen. Wir werben dafür, dass alle Menschen, die unser
10 Land verbessern wollen, sich als Mitglieder der SPD für ihre Ideen engagieren.

11 **Wir sind die Partei der Arbeit und der Wertschöpfung.** Die Soziale
12 Demokratie verbindet alle produktiven Kräfte unseres Landes: die
13 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Frauen und Männer, die ein
14 Unternehmen leiten, die Menschen in den freien Berufen. Wir treten ein für die
15 Interessen der arbeitenden Menschen und derjenigen, die von der Teilhabe an
16 Arbeit ausgeschlossen sind. Wir wollen gemeinsam mit ihnen die
17 Arbeitsgesellschaft der Zukunft gestalten.

18 **Wir sind die Partei der Bildung, der Wissenschaft und des Fortschritts.**
19 Wissen heißt freie Entfaltung des Menschen. Wissen ist eine Produktivkraft von
20 wachsender Bedeutung für unsere Gesellschaft. Wir suchen das Bündnis mit all
21 denen, die Wissen mehren, Wissen vermitteln und zum Wohl aller Menschen
22 nutzbar machen. Wir wollen einen Fortschritt in gesellschaftlicher
23 Verantwortung. Die Idee der Sozialen Demokratie zieht ihre Kraft auch aus den
24 Impulsen der Wissenschaften aller Disziplinen.

25 **Wir sind die Partei der Kultur.** Die Idee der Sozialen Demokratie findet ihren
26 Ausdruck in der Arbeit der Künstlerinnen und Künstler, der Denker und der
27 Kreativen. Wir wollen mit ihnen gemeinsam Kritik üben, wo Kritik nötig ist,
28 und Ideen für ein gutes Leben entwickeln.

29 **Wir sind die Partei der internationalen Solidarität.** Wir treten entschlossen
30 ein für die Interessen auch der benachteiligten Weltregionen. Wir arbeiten für
31 Frieden und globale Gerechtigkeit. Wir unterstützen internationale soziale
32 Bewegungen in ihrem Einsatz für eine bessere Welt. Menschen aller Kulturen
33 und Religionen finden in der Sozialen Demokratie ihre politische Heimat. Als
34 Mitglied der Sozialistischen Internationale und der Sozialdemokratischen Partei
35 Europas sind wir Teil einer starken politischen Familie, mit der wir für die Idee
36 der Sozialen Demokratie streiten.

37 **Wir sind die Partei der solidarischen Mitte.** Unsere Partei hat
38 Hunderttausende Mitglieder, aber es gibt Millionen von Sozialdemokratinnen
39 und Sozialdemokraten. Viele Menschen wollen unabhängig von ihrer eigenen
40 Lebenslage eine bessere und gerechtere Gesellschaft. Um gleiche Rechte für die
41 Benachteiligten durchzusetzen, braucht es die Solidarität derer, die weniger auf

1 gesellschaftliche Unterstützung angewiesen sind. Wir wollen die solidarische
2 Mitte in unserem Land verbreitern und für die Soziale Demokratie gewinnen.
3 Wir wollen die Mehrheit in unserem Land davon überzeugen, dass soziale
4 Gerechtigkeit die eigentliche Bestimmung des Menschen ist und allen Nutzen
5 bringt.

6 **Wir schaffen das Bündnis für Soziale Demokratie.** Eine Partei kann immer
7 nur so stark sein wie die Menschen, die ihre Werte und Ziele teilen und
8 unterstützen. Wir werben für ein politisches Bündnis, das alle Teile der
9 solidarischen Bürgergesellschaft zusammenführt. Wir wollen Frauen und
10 Männer, junge und ältere Menschen für unsere Idee begeistern. Wir wollen eine
11 neue Generation gewinnen – für Soziale Demokratie.

12 Wir richten den Blick nach vorn.

13
